

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 6/6, und durch Kolporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2,50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2,50, frei ins Haus M. 2,92, wo keine Post am Orte, M. 3,24.

Telephon Redaktion: 3141.

Abgabepreis beträgt für die einpaltige Kolonietabelle über 1000 Raum 40 Pf., 4000 Raume 40 Pf., 8000 Raume 40 Pf., 12000 Raume 40 Pf., 16000 Raume 40 Pf., 20000 Raume 40 Pf., 24000 Raume 40 Pf., 28000 Raume 40 Pf., 32000 Raume 40 Pf., 36000 Raume 40 Pf., 40000 Raume 40 Pf., 44000 Raume 40 Pf., 48000 Raume 40 Pf., 52000 Raume 40 Pf., 56000 Raume 40 Pf., 60000 Raume 40 Pf., 64000 Raume 40 Pf., 68000 Raume 40 Pf., 72000 Raume 40 Pf., 76000 Raume 40 Pf., 80000 Raume 40 Pf., 84000 Raume 40 Pf., 88000 Raume 40 Pf., 92000 Raume 40 Pf., 96000 Raume 40 Pf., 100000 Raume 40 Pf.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 71.

Breslau, Freitag, den 24. März 1916.

27. Jahrgang.

Deutsche und französische Kritik.

Der große russische Unterstützungsangriff.

Der Fortgang des Weltkrieges.

Von Richard Gädle, früherer Artillerie-Oberst.

Der Verlauf der letzten Woche in dem Ringen um Verdun war im allgemeinen ruhiger als in der vorvergangenen. Im wesentlichen war die Zeit durch zum Teil heftige Kämpfe der beiderseitigen Geschützmassen miteinander ausgefüllt, von Zeit zu Zeit aber wurden auch diese schwächer. Daneben fanden dann vielfache Luftkämpfe statt; die deutschen wie die französischen Flugzeuge überflogen öfters in ganzen Geschwadern die feindlichen Linien, um den Raum hinter der Front zu beunruhigen, die Ansammlung von Truppen zu stören, besonders aber um Bahnhöfe und Bahnlücken mit Bomben zu belegen. Hierbei entpanden sich wiederholte Kämpfe hoch oben im Luftmeere, bei denen es sich fast stets um Sieg oder Tod handelt. Eine ganze Anzahl französischer Flugzeuge sind hier bei dem Angriff deutscher Flieger und deutscher Abwehrkanonen erlegen. Doch blieben auch die deutschen Luftschiffe nicht ohne Opfer. Daß die Aufklärungsstätigkeit der Luftflotte für die Heeresleitung und die Truppenführung von größtem Werte ist, daß insbesondere die Leitung des Geschützfeuers sie nicht mehr entbehren kann, ist klar. Daraus ergibt sich dann der Bau von Kampfflugzeugen und deren Fichten gegeneinander als militärisch notwendige Folgeerscheinung. Die Erfolge beider Teile in der Bekämpfung der feindlichen Verbindungen hinter der Front und in der Beschließung von Ortschaften richtig einzuschätzen, wird für uns zu Haus erst später möglich sein.

Die einzige größere Gefechtsbehandlung des deutschen Fußvolks war die Erstürmung des „Toten Mann“ genannten Hügel östlich der Maas. Er bildet die westliche Verlängerung und zugleich den höchsten Punkt des früher schon eroberten Höhenzuges um das „Nabenwäldchen“. Seine Fortnahme war notwendig, um diese Stellung dauernd in der rechten Flanke zu sichern: sie stört zugleich ernstlich die Verbindung zwischen den von den Franzosen noch besetzten Dörfern Chattaucourt und Béhincourt. Die Deutschen stehen nunmehr etwa 5 Kilometer von der Linie der ständigen Festungswerke westlich der Maas entfernt. In deren Mitte liegt auch das große Gehöft Bourrus, das ein Zielvunkt der deutschen Artilleriegeschosse geworden ist und in den französischen Berichten wiederholt erwähnt wird. Die Bedeutung der von den Deutschen eroberten Anhöhe, von der man das Land ziemlich weit beherrscht, ist der französischen Heeresleitung sofort klar geworden, und sie ist deshalb zu wiederholten starken Gegenangriffen geschritten, bei denen zum Teil im Nahkampf hart gekämpft wurde. Solche Gegenstöße fanden am 15., am 16. und nochmals am 18. März statt, wobei auch neue Kräfte von rückwärts herangezogen wurden. Der deutsche Generalstabsbericht stellt fest, daß am 16. März an dieser Stelle die 27. französische Division in die Kämpfe im Maasgebiet eingesetzt wurde. Es handelt sich also um sehr bedeutende Kräfte, die rings um Verdun mit einander ringen.

Bemerkenswert zu werden verdient, daß trotz dieser wütenden Angriffe der amtliche französische Bericht leugnet, daß die deutschen Truppen sich überhaupt des Toien Mannes bemächtigt hätten; er läßt daher alle Kämpfe an diesem Punkte nur aus der Abwehr der deutschen Angriffe bestehen. Demgegenüber wird deutscherseits darauf hingewiesen, daß hier offenbar eine absichtliche Zweideutigkeit vorliege, um das französische Volk in seinem Vertrauen nicht zu erschüttern. Hatte doch der französische Finanzminister Ribot gerade am 17. März sich äußerst zuversichtlich geäußert: „Die Verteidigung Verduns ist eines der größten Ereignisse in unserem Lande, und es ist erlaubt, es heute ohne eitlem Optimismus auszusprechen, daß wir das Ende dieses Krieges sehen.“

Die Angriffe der Italiener.

Zwischen sind die von den Franzosen so heiß gewünschten „Entlastungsangriffe“ ihrer Verbündeten doch nicht so recht in Fluß gekommen. Von den Engländern ist kaum zu reden; die gelegentlichen kleinen Vorstöße, die außerdem deutscherseits zurückgezahlt wurden, gewähren noch nicht einmal das Trugbild einer echten Anstrengung. Die stärksten Angriffe der Italiener an der Monzofront konnten nach Lage der

Dinge nirgend eine Einwirkung auf die Ereignisse um Verdun ausüben: sie sind aber außerdem nach blutigem Misserfolg bereits am 16. März eingestellt worden. Ihnen folgten alsbald scharfe und erfolgreiche Gegenstöße unserer Verbündeten, die deren bisher abwartende Verteidigung in eine tätige Gegenwehr umgewandelt haben. Am 17. März überschritten sie am Nordteil des Dolmeiner Brückenkopfes (am mittleren Monzo, etwa 30 Kilometer nördlich Görz) ihre eigenen Linien und warfen den Gegner westlich des Flußes gegen die italienische Grenze zurück; sie haben ihre Angriffe hier am 18. und 19. März fortgesetzt und im ganzen 925 Gefangene und 7 Maschinengewehre erbeutet. Auch weiter nördlich am Ruzzi Brück über die Abhänge des Berges und drangen in das Monzotal nach dem Dorfe Gabrije vor. Italienische Gegenangriffe am 19. März wurden abgewiesen. Endlich gingen sie auch am oberen Monzo, im Ruzzi Becken und am unteren Flußlauf westlich Görz siegreich vorwärts, indem sie in die vordere Linie der feindlichen Gräben eindringen. Man wird begreifen, warum der italienische Feldherr sich aufs äußerste gekümmert hat, erhebliche Kräfte, sei es nach dem Balkan, sei es nach Frankreich, abzugeben. Er fühlt sich offenbar in seiner eigenen Stellung nicht sehr sicher und beurteilt seine Lage zweifellos zutreffender als die Politiker in Rom.

Die Angriffe der Russen.

Nach den früheren Berichten ihres Weihnachts- und Neujahrsangriffes von Besarabien aus und in Ostgalizien fühlten sich die Russen zu erneuten Versuchen gegen die österreichisch-ungarischen Verteidigungslinien während zweier Monate nicht stark genug. Erst in den letzten Tagen haben sie wieder eine größere Mühseligkeit entfaltet und auch einen kleinen Erfolg zu verzeichnen. An der Dnjeprfront abwärts der Strupamündung hielt die 7. österreichische Armee nördlich des Flußes zwei Brückenköpfe, den von Uzijsko und weiter abwärts den von Zaleczynski. Schon im Dezember und Januar waren die Russen gegen den ersteren immer wieder angetaumt: er lag ihnen wohl besonders unbequem, weil von dort aus ihr Vorgehen gegen die untere Strupa wirksam flankiert werden konnte. Seit dem 11. März wählten sie sich dieses Angriffsziel zugleich mit anderen Angriffen gegen die Strupa und Dnjepr von neuem und gingen schließlich mit Sappen und Minen gegen die nicht sehr ausgedehnten Befestigungsanlagen vor. Am 18. März endlich sprengten sie einen Teil des Werkes in die Luft und drangen ein, am frühen Morgen des 19. gelang eine weitere Sprengung gegen den noch immer verteidigten Rest des Werkes und nach weiterem hartnäckigen Kampfe von 7 Stunden waren die Österreicher gegen achtfache Uebermacht gezwungen, die Verteidigung zu räumen. Da ihnen der Rückweg über den Dnjepr abgeschnitten war, mußten die Verteidiger unter Oberst Plandh (Reiter und Pioniere) sich in der Nacht durch den Feind durchschlagen und erreichten glücklich den 10 Kilometer abwärts gelegenen Brückenkopf Zaleczynski. Ein Erfolg der Russen, der als solcher zu buchen ist, aber an der Gesamtlage dort nichts ändert. Wir werden abwarten müssen, ob sich neue Angriffe an dieses bisher vereinzelt Vorgehen anschließen werden.

Sehr viel ernsthafter ist offenbar der breit angelegte Vorstoß der russischen Nordarmee gegen die Ostfront der deutschen Heeresgruppe Hindenburg nördlich und südlich Dinaburg anzusehen. Nach Vorbereitungen, die den Deutschen nicht verborgen geblieben waren, haben sie hier in einer Ausdehnung von 105 Kilometern unsere Truppen in der Seelinie Drysmiaty-See-Ponawisee — beiderseits des Narochsker — am 18. März mit großer Entschlossenheit angegriffen. Sie sind an keiner Stelle durchgebrochen, haben außerordentlich viel Leute verloren — gegen Mitte und rechten Flügel der Deutschen allein verloren sie 9270 Tote — am 19. aber gleichwohl fast auf der ganzen Front den Angriff mit starken Kräften erneuert. Der wiederum erfolgreichen Abwehr ist dann von Widjay aus ein glücklicher Vorstoß unserer Truppen gefolgt, der die Gegner dort zurücktrieb, wo sie sich in der Nähe unserer Stellungen festgesetzt hatten. Der Angriff ist in einer strategisch wichtigen Richtung erfolgt, er zielte unmittelbar auf Wilna und ging mittelbar gegen unsere Heeresgruppe an und unsere Front an der unteren Düna. Er

10,6 Milliarden!

Berlin, 24. März. Auf die vierte Kriegsbilanz sind bisher rund 10 Milliarden 600 Millionen Mark gerechnet worden.

Ist wenigstens als der erste Versuch zu einer Entlastungs-offensiven großen Stils anzusehen. Die russische Oberleitung hat scheinbar die Absicht, uns zur Verschiebung namhafter Truppenmengen gegen Osten zu veranlassen. Dieser Versuch ist bisher blutig mißlungen: die russische Kriegsführung hat sich aber selbst durch die schwerste Menscheneinbuße nicht von der Verfolgung ihrer Ziele abhalten lassen, so lange sie die Truppen überhaupt noch vorheben konnte. Die rückwärtslose Entschlossenheit ihrer Heeresleitung müssen wir jedenfalls anerkennen und darum auf die Fortsetzung ihrer Angriffe im Norden immerhin gefaßt sein.

Diese Ausführungen unseres geschätzten Mitarbeiters sind durch die letzten Tagesberichte zu ergänzen, besonders verweisen wir auf den heute vorliegenden russischen Bericht.

Französische Umjchau.

Der Ton der Pariser Militär-Kritiken über die Lage bei Verdun ist wesentlich herabgestimmt. Sogar der vom Oberleutnant Roulet bisher bewahrte Optimismus scheint recht erschüttert. Vor allem hat sich die in der jüngsten französischen Hauptquartiersnote wiedergegebene Tatsache, die den deutschen Erfolg westlich der Maas verächtlich als einen lokalen Erfolg einschätzt, angesichts des neuen Geländegewinnes der Deutschen als unrichtig herausgestellt, zumal da die Deutschen gerade dort zu einer großartigen artilleristischen Aktion ausstiegen. Oberleutnant Roulet gesteht deshalb freimütig ein, daß er und seine Nachfolger bei ihren Vermutungen über die Absichten der deutschen Heeresleitung irre gegangen seien. Dies Zugeständnis ist um so wertvoller, wenn man es den früheren beschwichtigenden kriegsministeriellen Erklärungen gegenüberstellt.

„Journal“ faßt über die Vorgänge bei Verdun: Die behändigen Angriffe würden nur und Damloup beweisen die Ermüdung der französischen Truppen. Der „Temps“ meint eindringlich vor übertriebenem Optimismus. Möglicherweise sei nur eine Kampfpause eingetreten, weil die Deutschen eine neue Taktil befolgten, aber die Kämpfe seien keineswegs beendet.

Im „L'oeuvre“ sagt der General Berrand, die Deutschen seien wirklich eine Zeitlang in der Feste gewesen. Es sei ungerade, den feindlichen Generalstab der Unwahrheit zu beschuldigen. Uebrigens glaube das Pariser Publikum den offiziellen Berichten nicht. Es sei unglücklich, was für Stabsposten seit Beginn der Offensive herumwirrten. Der Rest des Berrand'schen Artikels wurde von der Zensur gestrichen.

Im „Petit Journal“ stellt ein anonymes Militärcritiker fest, daß die Letztangriffe kurzzeit eine neue Einleitung bedeuteten, um weitere große Stürme vorzubereiten. Infolge des händigen Abfalls meist der Kritiker, daß es nichts Erstaunliches wäre, wenn die Deutschen anderswo einen schwachen Punkt des Panzerjürels suchten. Jedenfalls sei sicher, daß die Deutschen garnicht daran dächten, auf Angriffe zu verzichten.

Der den Franzosen bei Sonnenuntergang abgerungenen Hautcourt-Stellung wurde in den Pariser fachkritischen Besprechungen große Bedeutung beigemessen. Der „Debat“ Kritiker und andere befandeten dabei eine gewisse Bellemung, weil die französische Front gegenüber dem Walde von Avocourt, obchon erprobt und aus vorzüglichen Elementen bestehend, doch einen imposanten Aufbau vermissen lasse. Weit größere Anstrengungen wären zur dauernden Verbindung von Vorköfen aus den gut organisierten deutschen Waldbereichen und zur Vereitelung einer der deutschen Hauptabsichten, der Erreichung der kaum 5 Kilometer entfernten Hauptbahnstrecke, erforderlich. Ueber Béhincourt und dessen gefährdete Umgebung schreien die Joffre-Noten sowie die sie ergänzenden offiziellen Artikel.

Die den Kämpfen am linken Ufer der Maas gemachten nichtamtlichen französischen Darstellungen beschäftigen auf Grund von Beobachtungen von Augenzeugen die außerordentlich große Zahl der französischen Offiziersverluste, die seit Mitte März eine das höchste Maß der Jägerverluste bedeckende Biffer erreicht hätten.

Neue Friedensgerüchte.

Berlin, 24. März. Die Londoner „Daily News“ nehmen das Thema von einem bevorstehenden Friedensschluß wieder auf unter Hinweis auf den schweren Sturz des Kurzes der Werte der Kriegsinstrumente in New York.

Amsterdam, 23. März. Einem hiesigen Blatt zufolge berichtet der Vertreter der „Times“ in New York: Das Staatsdepartement habe entschieden in Abrede gestellt, daß die deutsche Regierung in den letzten Tagen um eine Vermittlung der Regierung der Vereinigten Staaten ersucht haben soll.

Generer stellt das Staatsdepartement die Wichtigkeit des Gerüchtes in Abrede, daß der deutsche Reichskanzler den amerikanischen Botschafter in Berlin ersucht haben soll, seinen Urlaub aufzuheben, um bei der Vorbereitung der Friedensverhandlungen anwesend sein zu können. Das Gerücht wie seine Abwehr sind gleichermaßen dunkel.

Der große russische Unterstüßungsangriff.

Der russische Bericht.

Petersburg, 23. März. Amtlicher Bericht von Mittwoch: Westfront: Auf der ganzen Front wideten sich eine Reihe von Kämpfen ab.

In der Gegend von Niga hatten unsere Truppen Zusammenstöße mit starken feindlichen Vorposten bei dem Dorfe Malanen und südlich der Insel Salen. Im Abschnitt von Salohäbdt besetzten wir nach Kampf einzelne Gehöfte und ein Waldchen südlich des Dorfes Kugupinkhof (22 Kilometer nordwestlich von Salohäbdt), ebenso in der Gegend von Suichoi (10 Kilometer südwestlich von Salohäbdt). Im Wald zwischen dem Forstbezirk Dupenet und dem Dorfe Schwenst (10 Kilometer südwestlich von Suichoi) und 3 Kilometer südlich von Salohäbdt) und südlich von Dünaburg heftigste Feuerkämpfe.

In der Gegend südlich von Dünaburg dauern die heftigsten Infanterie- und Artilleriekämpfe an. Unsere Artillerie beschuß mit Erfolg die Gegend nördlich von Winkung (9 Kilometer nördlich von Sidy), wo wir feindliche Verpfändungen festhielten. Nachdem unsere Truppen das Feuer feindlicher Batterien in der Gegend von Weichle (6 Kilometer nördlich von Sidy) zum Schweigen gebracht hatten, nahmen sie eine Reihe feindlicher Gräben im Abschnitt Jaganau-Selby-See (5). Serische des Gegners, südlich von Doretsch die Offensiv zu ergreifen, wurden durch unser Feuer vereitelt.

In der Gegend von Sidy und Mosheiti (112 Kilometer und 7 Kilometer nordwestlich von Sidy), finden erbitterte Kämpfe statt. Der Feind macht hier heftige Gegenangriffe auf unsere Truppen, welche ihn stellenweise aus den Gräben herauszuweisen und ihm Aufschlingensgräben abzunehmen. In der Gegend von Sibirgaj und Lotos (6 und 4 Kilometer nördlich des Mladob-See) griff der Feind nach heftiger Artillerievorbereitung unsere Stellung an. Wir wiesen ihn durch unser Feuer ab.

Am Südwert der Narat-See mündet sich der Kampf erfolgreich für unsere Truppen ab. Die Abwehr des Feindes gegen unsere ermittelnden Gräben durch die Deutschen und unüberwindlichen feindlichen Gräben drei Traktandenabschnitten und nahmen durch ungenügende, erfolgreiche Angriffe drei Linien der feindlichen Schützengräben. Die Gegenangriffeversuche des Feindes wurden durch unser Feuer unter Artilleriebeschüssen, die erwiderte und tödliche Gele erschütterten, angehalten.

Nach vorläufiger Zählung machten wir 17 Offizieren und mehr als 1000 Soldaten zu Gefangenen und erbeuteten 12 Maschinengewehre, einen Schminierer und einen Sanftener.

In der Gegend von Smorgon heftigster Artilleriekampf. Der Feind beschießt unermüdet den an der Seite liegenden Abschnitt. In der Gegend von Spahinik-Beromowitsch überliegen heftige Kämpfe unsere Stellungen.

In der Gegend der Eisenbahn-Moskau-Brest-Litowsk und nördlich des Dorfes Polchans (am Dniepr-Raum) lebhaft gegenseitige Beschüßung.

In der Gegend südlich von Sidy bringen unsere Truppen die feindlichen Gräben. Nach ergebnislosen Versuchen erbeuteten wir bei Mischalge (westlich von Mischalge) nach starkem Kanonen, sechs vollständig verwendbare Bombenwerfer, eine große Menge Geschosse, einen Schminierer und Gewehrmunition. Gefangenen und andere Munition und mehr als 100 Gefangene.

Soufian-Gründe: In Serbien bekämpften wir nach Kampf die Stadt Jahanan. Die Besatzung, von den Deutschen und ihren Soldaten ausgeführter Verhandlung ergebnislos mit Besatzung unserer Truppen, mit welchen der Generalgouverneur von Serbien und andere hochgeachtete Persönlichkeiten, die vorher zu uns geschickt waren, geschickten.

Die die Deutschen dazu gekommen sein sollen, die russische Stadt Jahanan auszuforschen, ist russisches Versprechen.

Der deutsche Lagebericht.

Genesig Kommandant, 23. März. (Amtlich.)

Westlicher Kriegskonting.

Der Erfolg beim Vorstoß von Ansonst wurde durch Befestigung der französischen Stützpunkte auf dem Höhenrücken südwestlich von Ansonst veranlaßt. Es wurden 40 Gefangene erbeutet.

Im Westen hat das Befestigung seiner Verteidigung erfahren.

Westlicher Kriegskonting.

Der Kampfergebnisse betrafen die Kämpfe auf die südlichen Fronten und auf die Westfronten. Südlich wurden sie mit großer Heftigkeit gegen unsere Stellungen am Südrücken von Salohäbdt bekämpft der Seite Mitan-Salohäbdt. Südlich gegen unsere Stellungen südlich von Sidy und südlich der Eisenbahnstationen von Sidy, wo die Feinde die eingehendsten Schussungen auf 14 Offiziere, 229 Mann gefangen ist, fünf Gefangene der französischen Artillerie, eine große Menge Geschosse, einen Schminierer und Gewehrmunition. Gefangenen und andere Munition und mehr als 100 Gefangene.

Soufian-Kriegskonting.

Die feindlichen Angriffe. Diese Gegenangriffe.

Der österreichische Bericht.

Wien, 23. März. (Amtlich.)

Auf allen drei Kriegsschauplätzen keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, von Doerer, Feldmarschalleutnant.

Keine Torpedierung von Neutralen.

Rotterdam, 23. März. Reuter meldet aus London, daß in England große Entrüstung über eine Behauptung Wallins herrsche, nach der die deutsche Regierung beabsichtige, mit allen ihr zu Diensten stehenden Mitteln den Handel zwischen England und den anderen europäischen Ländern, neutralen oder nichtneutralen, zu verhindern. Zweifellos sei diese Nachricht zutreffend, wie auch die kürzliche Versenkung vieler neutraler Schiffe beweise.

Dazu bemerkt Wolffs Telegraphen-Bureau: Daß es sich im Vorstehenden wieder einmal um eine dreiste Erfindung des Reuterischen Bureaus handelt, beweist das nachstehende Telegramm, das Generaldirektor Wallin an den Direktor v. Reuchlin der Holland-Amerika-Linie in Rotterdam gesandt hat:

Dieser wird gemeldet, daß Sie gelangt haben sollen, ich hätte Ihnen mitgeteilt, daß Deutschland auf die Vernichtung nicht nur der feindlichen, sondern auch der neutralen Son-nage ausgehe. Das kann doch sicherlich nur ein von anderer Seite erfundenes böswilliges Gerücht sein, denn daß hier die freundschaftlichsten Gefühle für Holland bestehen, brauche ich Ihnen nicht zu sagen.

Der gleiche Gräße Wallin. Dieser Brief hat auch eine Bedeutung für den innerpolitischen Kampf um die U-Boot-Servierung.

England fürchtet Angriffe?

Rotterdam, 23. März. Der „Rotterdamische Courant“ meldet aus London:

Der parlamentarische Mitarbeiter der Daily News schreibt, daß die Propaganda für eine weitere Verstärkung des Heeres östlich vom Kriegssamt ausgehe, welches für den Fall, daß ein Angriff auf England versucht werden sollte, dort eine große Armee bereithalten würde. Diese Politik sei eine Verleumdung der alten Lehre, daß die Flotte allein England schützen würde und sie zeige, daß das Vertrauen des Kriegssamts in die Flotte nicht mehr groß ist. Unterhalb des Kriegssamts habe diese Vertrauen letztere Bureau geschlagen.

Der Korrespondent des „Holländischen Courant“ berichtet weiter, daß man damit vielleicht den Schluß eines Artikels des militärischen Mitarbeiters in der gestrigen „Times“ in Verbindung bringen möchte, der folgendermaßen lautet:

Wir würden alle gern hören, daß unsere Armeen auch kämpfen. Da sie aber annehmend nichts Großes vorzunehmen, müssen wir annehmen, daß sie auf andere Weise verwendet werden sollen. Unser Heer für den Krieg ist dagegen: Jedermann und jede Kanone nach dem entscheidenden Kriegsschlag. Es gibt kein anderes Geis.

England geht sich also keine Kräfte für den eigenen Gebrauch und kümmert sich um Frankreichs Notstand nicht.

Die französischen Berichte.

Paris, 23. März. Amtlicher Bericht vom 23. März nachmittags. Westlich der Maas sehr lebhafter Gefechtskampf in der Gegend von Balancourt, Gies und der Höhe 20, besonders heftig am Hügel Haucourt. Westlich der Maas heftige Gefechtskämpfe in der Gegend von Bauy und Daulon. Heftig sein Infanteriekampf. Auf der übrigen Front keine besonderen Ereignisse.

Paris, 23. März. Amtlicher Bericht vom Mittwoch nachmittags. In Belgien nähern unsere Artillerie das Feuer gegen die Höhen und Anhöhen der zweiten feindlichen Linie in der Gegend von Sieropreere. Südlich der Höhe 20 heftigster Kampf um den Hügel von Sidy. In der Gegend von Montjeuon heftigster Kampf auf die deutschen Verteidigungsstellungen südlich von dem de Paris, sowie bei Sidy.

In der Gegend von Montjeuon-Montillots, südlich der Höhe 20, heftigster Kampf um den Hügel von Sidy. In der Gegend von Balancourt, Gies und der Höhe 20, besonders heftig am Hügel Haucourt. Westlich der Maas heftige Gefechtskämpfe in der Gegend von Bauy und Daulon. Heftig sein Infanteriekampf. Auf der übrigen Front keine besonderen Ereignisse.

Französische Soldatenklagen.

Gene sagt in seinem immer noch unvollständigen „Sag“ unter anderem folgendes:

Sinners-er Kämpfe.

Das man sagt, daß im 27. Infanterieregiment (Schon 115) und ganz besonders in der 13. Compagnie dieses Regiments, im Kämpfe mit Befestigungsanlagen, die gar keinen militärischen Zweck haben, mit allen möglichen Mitteln und Gegenständen verwehrt sind? Das man sagt, daß die Soldaten ergebnislos sind, ihren Auftrag dazu zu verwehren, daß sie nicht des Feindes die Uniformen wechseln müssen? Das man sagt, daß, wenn das Oberkommando Befehl hat, daß ein abgehender Auftrag sein soll, die Subaltern-Offiziere, während sie in ihren Kommandoposten harrhalten, sich ein ganz besonderes Vergnügen daraus machen, die Compagnie immer wieder antreten zu lassen, was den Soldaten es ganz unmöglich macht, ihre Arbeit nach Hause zu schicken? Das man sagt, daß hochrangige Offiziere, die jeden Tag aus dem Depot abgeholt sind, ein unangenehmes Leben der Kompanien mit sich führen? Das man sagt, daß die Kompanien gegenüber der Höhe 20, die ist mehr als ein Jahr im Felde liegen und dadurch befeuert haben, daß sie den Feind die Höhen über?

Die Zerbröckelungen.

Das man sagt, daß in der 62. Batterie der 23. Infanterieregiments die erbeuteten feindlichen Munition nicht zur Reparatur und Pflege nur auf dem Munitionshausen Erlassen des Generalstabes kommt? Das man sagt, daß die Munition nicht repariert wird, die über die Grenzen hinaus zu versenden, daß sie die über die Grenzen hinaus zu versenden?

Feindlicher Zwang in Griechenland.

Berlin, 23. März. Das „Neue Wiener Journal“ meldet aus Athen: Der Präsident des Distrikts von Florina ist in Athen eingetroffen und teilte dem Ministerpräsidenten Studien mit, daß die Franzosen bereits die ganzen Bahnhöfen von Salgnik bis Florina besetzt und in eigene Verwaltung übernommen haben. Die griechischen Eisenbahnbediensteten bleiben vorläufig noch auf ihren Posten, doch werden sie an der Ausführung ihres Dienstes von den Franzosen gehindert. Die Briefpost, auch die inländische, steht unter der Kontrolle der französischen Jentur.

Athen, 23. März. Während der Kammer Sitzung erklärte Finanzminister Dragumis: Unsere wirtschaftliche Lage ist außerordentlich schwierig. Wir können Geldquellen weder im Inlande noch im Auslande finden. Man muß wissen, daß wir von der Hand in den Mund leben. Eine Abstimmung über die finanziellen Maßnahmen, die beweisen, daß Griechenland die Selbstträge, die es erbrüden, allein decken kann, ist notwendig.

Diese Erklärungen bestätigen die seit einigen Tagen in diplomatischen und finanziellen Kreisen von Athen umgehenden Gerüchte, daß die Unterhandlungen mit den Regierungen von Frankreich und England über eine Anleihe von 150 Millionen gescheitert sind, und daß die griechische Regierung nicht beabsichtigt, sich an die Mittelmächte oder an die Vereinigten Staaten zu wenden.

Der Seekrieg.

London, 23. März. Nach Londoner Mitteilungen beträgt die Zahl der von Italien beschlagnahmten deutschen Schiffe 36 im Werte von 80 Millionen Francs mit einem Gesamttraum von 154 000 Tonnen. Der Lonnengehalt der einzelnen Schiffe schwankt zwischen 1000 und über 3000. Die Beschlagnahme erfolgte ohne Zwischenfälle.

London, 23. März. „Lloyd's“ meldet: Die französische Bark „Lauanville“ wurde versenkt. Die Besatzung von 38 Mann ist gerettet.

Vern, 23. März. Das italienische Amtsblatt veröffentlicht eine Verfügung, nach der die Handelschiffe „Mavenna“ und „Guerrazzi“ zu Kriegsspeditionen requiriert worden sind und nunmehr zur Kriegsflotte gehören.

Christiania, 23. März. „Bergens Ammonen-Tidende“ berichtet über eine Gesellschaft, die sich zum Aufbau internationaler deutscher Schiffe gebildet habe. In Bergen und Trondheim wurden allein 1 1/2 Millionen Kronen gezeichnet. Es handelt sich vorläufig um 5 Schiffe zum Preise von 5 Millionen Kronen, was einem Preise von 100 Kronen pro Tonne entspricht.

Rumänien und die Mittelmächte.

Berlin, 23. März. Das Ergebnis der zwischen deutschen, österreichischen und rumänischen Wirtschaftsgesellschaften seit längerer Zeit geführten Verhandlungen entspricht den Wünschen weiter Kreise des rumänischen Volkes. Nicht nur die Landwirte, die lohnenden Absatz für ihre Erzeugnisse finden, begrüßen die Ermöglichung der Ausfuhr ihrer Erzeugnisse, die seit fast zwei Jahren vergebens auf die Öffnung der Dardanellen gewartet haben, mit großer Genugtuung, sondern auch die rumänische Industrie erwartet hehrlich die Wiederherstellung der in Aussicht gestellten normalen Handelsbeziehungen mit den Mittelmächten. Hier ist es erst während des Krieges recht zum Bewusstsein gekommen, wie abhängig die rumänische Industrie auf zahlreichen Gebieten von der deutschen und österreichischen Einfuhr ist.

Es lag die Gefahr vor, daß eine ganze Reihe von industriellen Betrieben hätte geschlossen werden müssen, wenn die Märkte der Mittelmächte den rumänischen Einfuhrern auf die Dauer gesperrt geblieben wären. Die unaussprechliche Folge der Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen wird die Entspannung der politischen Lage sein. Die russische Partei wird an Einfluß verlieren, da sie nicht in der Lage ist, mit irgend einem Erfolge aufzutreten, der sich diesem an die Seite stellen läßt. Auch zwischen Bulgarien und Rumänien sind Verhandlungen im Gange, die einen erfreulichen Verlauf nehmen und wahrscheinlich zu Abmachungen führen werden, die nicht ausschließlich auf wirtschaftlichem Gebiete liegen.

Handelsstodungen in Frankreich.

Vern, 23. März. In einem warmen Artikel über die erste Transportkriege in Frankreich sagt der Deputierte Cochin in der „Humanité“: Die Kriege geht so weit, daß Händler 40, 50, ja vor 20 Prozent der Mengen des Vorjahres liefern können. Schweizer erzählen, daß von den zehn tausend Waggons ihres gelassen Bestandes wir zurzeit viertausend Waggons zurückbehalten und daß Getreidezüge bis zu zwanzig Tagen in Bordeaux und Cette festliegen. Sie können nicht umhin, damit die Lage auf Seiten der Deutschen zu vergleichen, die ihnen täglich tausend Waggons Rohle liefern, ohne jede Verzögerung und in fast tadelloser Ordnungsmöglichkeit.

Gegen neue Möwenflüge.

Gene, 23. März. „Daily Mail“ meldet: Um dem Ausfahren von Schiffen mit der „Möwe“ oder sonstiger deutscher Duffkreuzer vorzubeugen, hat die englische Regierung die flandernischen Regierungen benachrichtigt, daß künftig jedes neutrale Schiff untersucht werden soll. Falls aber ein solches zur Unterbrechung eines deutschen Schiff nicht hält, sollen die englischen Patrouillenschiffe darauf feuern.

Französische Märchen-Erzähler.

Esogar in der „Humanité“ finden wir die Wiedergabe des folgenden Märchens der „Information“:

Ausfahrt in Venedig. (?)

Amsterdam, 12. März. Ein Zug von Holland nach Deutschland ist in Spandau mehr als zehn Stunden angehalten worden. Während der ganzen Dauer des Aufenthalts wurde den Reisenden verkoten, die Wagen zu verlassen. Man schreibt die Strenge dieser Maßnahme dem Zurück der Regierung zu, zu vermeiden, daß die Reisenden Zeugen der Revolution werden, die in Berlin entstanden, als man den Auftrag der von Berlin erlassenen Verluste erfuhr.

Es heißt noch, daß die Leute im Zuge auch vor Hunger umgefallen sind.

China bleibt Republik?

Amsterdam, 23. März. Die „Associated Press“ meldet aus Peking, daß Präsidenten des Reiches habe mitgeteilt, daß die Regierung nicht die Form einer kaiserlichen Monarchie annehme, sondern weiterhin Republik bleiben werde. Amerikanische Blätter führen den Entschluß Janschikais auf japanischen Druck zurück. Der Gesandte Chinas in Tokio, der die Unterbrechung Janschikais dem Mikado notifizieren wollte, ist nicht empfangen worden.

Eintritt der polnischen Sozialisten in den bürgerlichen Polenklub.

Wien, 23. März. In einer zahlreich besuchten, unter dem Vorsitz des Obmannes Ritter von Willinski abgehaltenen Sitzung des Polenklubs wurde nach einstimmigem Beschluß die Aufnahme der polnischen sozialdemokratischen Abgeordneten in den Polenklub unter lebhaftem Beifall vollzogen. Nachdem die Abgeordneten der polnischen sozialdemokratischen Fraktion den Sitzungssaal betreten hatten, gab Abgeordneter Daskowski in ihrem Namen die Erklärung ab, daß in der gegenwärtigen Zeit alle politischen Parteigrenzen verschwinden müßten, und daß es nur eine Nation gebe. Darauf folgten die Vornahme der Statutenänderung und die Neuwahlen in das Präsidium.

Aus der russischen Arbeiterbewegung.

Stockholm, 23. März. Die Zensur verbot abermals die Veröffentlichung einer Rede. Die Rede Tschentels (Arbeiterpartei), die er während der Budget-Dekrete in der Duma über den Minister des Innern hielt, wurde in der Presse unterdrückt.

Im Laufe der Sitzung gab er genauere Daten über die in Rußland zunehmende Streikbewegung. Es streikten bisher die Metallurgische Fabrik in Petersburg; ferner die Fabriken Lesner, Pawlows, Nobel und die Admiraltäts-Fabriken in Moskau und Tula. Außerdem ist ein ökonomischer Streik in den Putilow-Werken entstanden, den das Eingreifen der berüchtigten Dohran und des Petersburger Stadthauptmanns, Fürsten Lunjanow, hervorrief.

Mehr galizisches Petroleum.

Wien, 21. März. Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Am 15. Februar ist die Rohrleitung Drobobny-Byprov fertiggestellt worden. Sie dürfte in aller nächster Zeit in Betrieb gesetzt werden. Die Leitung, die 65 Kilometer lang ist und von der Perekop-Bahn in eigener Regie gebaut wurde, ist nur für verarbeitete Petroleumprodukte bestimmt. Das bedeutet mit einer Leistungsfähigkeit von etwa 70 Millionen Liter eine wesentliche Entlastung der Eisenbahn. Die Ausführung des Baues und die massenhafte Einrichtung der Druckstation und der Anlagen ist unter den schwierigsten Umständen vor sich gegangen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen vermochte nur die militärische Verwaltung alle Hindernisse, die sich dem Bau entgegenstellten, zu beseitigen. Die Rohrleitung kommt der ganzen Petroleumindustrie des Rohölgebietes Drobobny-Vorslam zugute.

Die Revolte in Mexiko.

Columbus, 23. März. Reuter meldet: Die zuverlässig berichtete, revoltierte General Herrero, bis vor kurzem Militärgouverneur von Chihuahua, gegen Carranza und nahm mit 2000 Mann in West-Chihuahua den Kampf zugunsten Villas auf.

Kleine Kriegsnachrichten.

Zusammenkünfte der Gegner. Die „Agenzia Stefani“ meldet: Zu Ende der letzten Kammerperiode beantragte Ministerpräsident Salandra, der mit Sonnino in Staatsgeschäften nach Paris reisen muß, eine Unterbrechung der Sitzungen von Donnerstagabend bis zum 6. April einschließlich. Der Antrag wurde angenommen.

Die italienischen Blätter bringen laut „Völkischer Zeitung“ spaltenlange Berichte über die Ankunft Cadornas in London, wobei der unangenehme Umstand nicht verhehlt werden konnte, daß die englische Zensur der Londoner Zeitungen verboten hätte, von der Ankunft des Generals im voraus dem Publikum Kenntnis zu geben. Die Ankunft sei am Mittwoch nachmittag erfolgt.

Der Papst beruhigt die Belgier. Der Papst hat an die belgischen Bischöfe einen Brief geschickt, worin er bei allem Wohlwollen für das belgische Volk seinen Bischöfen nachdrücklich zur Pflicht macht, daß sie die Bevölkerung zum Gehorsam gegenüber der im Lande waltenden Obrigkeit ermahnen.

Die 487. amtliche Verlustliste

enthält u. a. folgende Truppenteile vom 5. und 6. Armeekorps: Grenadier-, Infanterie- und Jäger-Regimenter: Nr. 7, 10, 11, 22, 129, 155, 157; Reserve Nr. 10, 19, 22, 228; Landwehr Nr. 7, 10. — Feld-Artillerie: Nr. 5, 41. — Pioniere: 11 Nr. 5, 1 Nr. 6.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

32. Sitzung, Mittwoch, den 22. März 1916, vorm. 11 Uhr. Das Fischereigesetz wird in dritter Lesung angenommen, ebenso das Gesetz betreffend die Dienstvergehen der Krankenkassenbeamten.

Christel.

Ein Bauernroman von Maria Linden.

(Nachdruck verboten.)

Als der Bergbauarbeiter diese Entdeckung machte, suchte er zuerst anhaltend und beschloß sich dadurch einige Erleichterung, dann dachte er:

„So geht es mich länger. Jede Gänseherde hat eine alte Hans, die sie führt, und die Gänse hier müssen jemand haben, der sie zur Arbeit anstellt, und der sie regiert. Hier muß eine Herrschaft her. Die Christel, wenn die käme, dann hätte ich meine Ordnung. Wenn ich das aber nicht richtig anstelle, hab' ich das Nachsehen. Ich muß warten, bis sie allein ist, denn die Alte läßt mich erst garnicht zu Worte kommen.“

Er versuchte seinen Absichtszug mit einem besseren, dann schlich er sich in die Nähe von Frau Hilbig's Häuschen. Hinter dichtem Strauchwerk versteckt, wartete er wohl eine Stunde vergebens. Schon wollte er sich unbedenklicher Sache entfernen, als er sah, daß Frau Hilbig ihr Haus verließ und den Weg ins Dorf einschlug. Der Bauer wartete noch einige Minuten, dann ging er zu seiner verlassen Frau.

Christel wurde so rot, wie eine Rose, als er eintrat. Ihr Herz schlug laut und ihre Augen hatten einen so wilden, verzehrenden Ausdruck, daß er seine Frende kaum verbergen konnte.

In ängstiger Hülle blühten Scharlach-Resargonien und schienen auf den schmalen Fensterbänken. Das Stübchen war frisch geweißt, die sorglich gebundenen Möbel trugen kein Stäubchen, Silber- und Messinggegenstände waren blank gepußt und Christel sah in ihrem dunklen Parfümkleide so bildschön aus, daß der Bauer heimlich dachte:

„Es gibt wohl keine Braut, wie sie!“

Er sagte: „Christel, Du wirst Dich ja wundern, daß ich mich hergetraue, aber ich bin in großer Not. Wenn Du jetzt mit mir kommst,“ wußt, geschieht es wie recht, aber dann geh' ich vor die Hunde. Die Christine hat mir beim Gericht Aufschub verweigert, ob ich gut wirtschaftete, aber ich bin trotz aller Mühe zurückgekommen. Wenn es so weitergeht, dann kriegt ein anderer bald den Bergbau zur Betriebsführung, dann hab' ich zum Schanden noch den Spott.“

Christel, hilf mir! Ich will auch alles gutmachen. Nie in ihrem Leben hatte sie ein so heißes Gesicht empfunden, wie in dieser Stunde. Er war in Not, und sie konnte ihm helfen!

Es folgt die zweite und dritte Beratung des Gesetzesentwurfes betreffend den Ausbau von Wasserkräften des Main. Dazu beantragt die Kommission, die königliche Staatsregierung aufzufordern, die Vorarbeiten zur Ausführung des Deisterwerkes in Angriff zu nehmen.

Abg. Reinert (Soz.): Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten hat Vorarbeiten für dieses Werk vorgenommen, ohne sich vom Abgeordnetenhaus die dazu notwendigen Mittel bewilligen zu lassen. Alle Verträge sind bereits abgeschlossen worden. Der Landtag soll offenbar erst gefragt werden, wenn alles fertig ist. Die Gemeinden Hannover und Linden aber können verlangen, daß sie vor Inangriffnahme dieses Kraftwerkes nach ihren Wünschen befragt werden, denn ihre eigenen Elektrizitätswerke würden schwer unter dem neuen Werk leiden.

Abg. v. Pappenheim (kons.): Der Minister hat seine Kompetenz nicht überschritten, denn das Deisterwerk ist nur in Teil der großen vom Landtag längst gebilligten Vergrößerung eines Gebietes von Frankfurt a. M. bis zur Nordsee mit elektrischer Kraft. Die Interessen der Städte Hannover und Linden werden bei der Vorlage selbst vorgebracht werden können, die dem Landtag natürlich demnachst gehen wird.

Abg. Zippmann (Wp.): Die Befürchtungen des Abg. Reinert sind unbegründet. Wenn später die Vorlage kommt, können alle Bedenken vorgebracht werden.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) betont, daß jedenfalls auf die Elektrizitätswerke von Hannover und Linden weitestgehende Rücksicht genommen werden müsse.

Unterstaatssekretär Frhr. Coeles von der Brüggen sagt diese Rücksicht als selbstverständlich zu.

Abg. Reinert (Soz.): Der Minister hat in der Kommission gesagt, daß zu den Vorarbeiten für die Errichtung des Deisterwerkes auch der Ankauf von Grundstücken gehöre. (Widerspruch.) Javohl, das ist ausdrücklich gesagt worden. Die Kommission dürfte sich mit dieser Frage ohne Auftrag des Plenums gar nicht beschäftigen. Jedenfalls darf ohne Bewilligung des Landtags für die Vorarbeiten nicht ein Pfennig ausgegeben werden. Wir haben alles Interesse, das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses zu wahren, es wundert mich, daß die fortschrittliche Volkspartei so leicht auf dieses Recht verzichtet.

Abg. Frhr. v. Joditz (freikon.): Die Regierung muß die Möglichkeit haben, sich die notwendigen Gebäude rechtzeitig zu sichern. Wir haben keinen Anlaß, ihr zu mißtrauen.

Abg. Zippmann (Wp.): Von einer Verletzung des Budgetrechts des Hauses kann bei der platonischen Resolution der Kommission keine Rede sein.

In der Abstimmung wird eine Resolution Dr. Friedberg-Reinert einstimmig angenommen, die Regierung zu ersuchen, bei den Vorarbeiten zur Ausführung des Deisterwerkes die Interessen der Städte Hannover und Linden in bezug auf Rentabilität ihrer Elektrizitätswerke zu berücksichtigen und eine Verständigung hierüber herbeizuführen. Das Gesetz selbst wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die Vorlage auf Bereitstellung weiterer Staatsmittel für die im Bau befindlichen

Wasserstraßen.

Abg. Zippmann (Wp.): Die Vorlage löst begangene Ueberziehungen einfach dadurch beschwinden, daß andere vom Landtag beschlossene Bauausführungen vorläufig zurückgestellt werden und daß das so ersparte Geld zur Deckung der Ueberziehungen benutzt wird. Das ist einseitig und höchst bedenklich. Wir haben auch wirtschaftliche Bedenken, denn im Interesse einer vollkommenen Ausnutzung des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin muß gerade die jetzt zurückgestellte Ausführung der zweiten Abriegelung bei Niederfinow halbmöglichst ausgeführt werden.

Unterstaatssekretär Frhr. Coeles von der Brüggen macht die Kriegsverhältnisse für die Nichtausführung verantwortlich.

Abg. v. Pappenheim (kons.): Man sollte sich bei Wasserstraßen vor allen Ueberführungen hüten. Nur nicht drängen!

Abg. Dr. v. Newoldt (freikon.): Der zweite Schlußabsatz am Hohenzollernkanal bei Niederfinow, für den der Landtag die Mittel bereits bewilligt hat, kann natürlich nicht einfach unterbleiben.

Abg. Zippmann (Wp.): Herr v. Pappenheim scheint in Kanalfragen nicht unbefangenen Urteilen zu fähigen. Ich verlangete ja heute gar keine neue Wasserstraße, sondern nur die Ausführung eines vom Landtag bewilligten Baues.

Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung angenommen. Ebenso wird ein Antrag Zippmann-Dr. Newoldt angenommen, die zweite Abriegelung des Hohenzollernkanals (Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin) bei Niederfinow halbmöglichst herzustellen.

Der Antrag Dr. Friedberg (natl.) auf Annahme eines Gesetzesentwurfes über die Befreiung der Dissidentenkinder vom Religionsunterricht wird an die Unterrichts-Kommission verwiesen.

Es folgten Wahlprüfungen.

Abg. Dr. Lohmann (natl.) beantragt Absehung der amtlichen Wahlprüfungen von der Tagesordnung, weil die

Auseinandersetzung darüber Parteifreiheit hervorzuheben und den Aufgabebereich werden.

Die Abg. v. Pappenheim (kons.) und Dr. Newoldt (freikon.) widersprechen.

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Wenn an der Erhaltung des Bürgerfriedens liegt, muß für die Absehung stimmen, denn es werden teilweise schlimme Wahlbeeinträchtigungen beauptet.

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.): Der Bürgerfriede darf natürlich nicht dazu führen, Mandate, die aus rechtlichen Gründen ungültig sind, für gültig zu erklären. Wir sind gegen die Absehung, denn es ist ein unhaltbarer Zustand, daß jetzt nach dreijähriger Dauer des Mandats noch keine Entscheidung über die Gültigkeit dieser Wahlen getroffen ist. Auch die Erwägung darf nicht ausschlaggebend sein, daß man das Haus nicht mit einem Mißklang auseinandergehen lassen dürfe. Mein der rechtliche Gesichtspunkt ist ausschlaggebend.

Der Antrag Lohmann wird abgelehnt.

Bei der Prüfung der Wahl des Abg. Dr. Iderhoff (freikon.) beantragen die Nationalliberalen Ungültigkeitserklärung und namentliche Abstimmung.

Abg. v. Pappenheim (kons.): Dieser Antrag ist nur in der ja begründeten Erwartung gestellt, daß das Haus be schluss unfähig ist. Um zu verhindern, daß die nach auf der Tagesordnung stehenden Punkte unter den Tisch fallen, muß ich nun Absehung der Wahlprüfungen von der Tagesordnung beantragen. (Zweiter Teil.)

Das Haus beschließt demgemäß.

Eine Reihe Petitionen werden debattelos erledigt.

Der Antrag auf Vertagung des Landtags bis zum 30. Mai wird angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Der Präsident erhält die Ermächtigung, Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung festzusetzen und erläßt die Abgeordneten mit herzlichem Osterwünschen.

Politische Uebersicht.

Der Kanzler und die Parteien.

Nach Berliner Meldungen beabsichtigt der Reichskanzler, am Dienstag nächster Woche im Ganahausauschuß des Reichstags persönlich zu erscheinen und an den Erörterungen teilzunehmen. Ungewiß ist noch, ob und wann Herr von Bethmann-Hollweg in der Vollziehung das Wort ergreifen wird.

Durch einen Petitionssturm, so nimmt die „Weser-Zeitung“ an, möchten gewisse Kreise den Kaiser bewegen, die Entlassung des Großadmirals von Tirpitz rückgängig zu machen. Dazu bemerkt das genannte Blatt:

Welcher auf's Deutsche hätte nicht mit ernstem Rummer gesehen, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen dem ausgezeichneten Organisator unserer vortrefflichen Flotte und der Leitung der auswärtigen Politik zu einem Bruch geführt haben! Aber welcher reife Kenner der Politik hätte sich nicht zugleich gesagt, daß die Anwendung des Petitionsapparates nichts bedeute, als die Nichtorientierten anzurufen, zwischen den Sachverständigen zu entscheiden. Das Urteilsvermögen der ersteren wollen wir selbstverständlich nicht kritisieren, aber um ein Verdict fällen zu können, müßten sie doch mindestens das Material vor sich haben. Es ist aber eben unmöglich, ihnen das vorzulegen.“

Die „Weser-Zeitung“ macht auch noch auf einen anderen Punkt aufmerksam, der besondere Beachtung verdient. Sie schreibt:

„Eine Mahnung richten wir noch an die Leute, die den Sturm gegen Bethmann-Hollweg mitmachen möchten, obwohl sie auf einem ganz anderen politischen Standpunkte stehen, als die Konservativen. Bedenke man, daß diese letzteren aus ganz anderen Gründen noch einen zweiten Angriff gegen den Kanzler reiten, nämlich weil er gewagt hat, in der Thronrede die Notwendigkeit einer Reform des preussischen Landtagswahlrechts anzukündigen. Wer von der Notwendigkeit gleichfalls überzeugt ist, der hätte sich doch, den Konservativen den Streigübel zu halten!“

Einige beachtenswerte Ausführungen des Major von Parjeval im „Deutscher Wille“ müssen wir bis zur nächsten Nummer zurückstellen. Der Reichstag wird voraussichtlich nach Erledigung des Staatsnotgesetzes in die Osterferien gehen. Der Ausschuß für den Reichshaushalt und der Ausschuß für die Mehrzahl der Steuervorlagen werden dagegen nächste Woche am Dienstag ihre Arbeiten beginnen und sie bis Freitag, 14. April, zu erledigen suchen. Die Vollführungen des Reichstages sollen am Mittwoch, 26. April wieder aufgenommen werden.

„Was soll ich tun, Friz?“ fragte sie mit glänzenden Augen und dunkel geröteten Wangen.

„Komme zu mir als Wirtin, bringe mir die verlotterte Wirtschaft in Schuß!“ bat er, und seine Augen stellten eindringlicher, wie sein Mund.

„Die Leute werden gar arg reden“, entgegnete das Mädchen leise, „und die Mutter wird's nicht zugeben.“

„Christel, Du weißt doch am besten, wie brav Du bist“, versetzte Erner. „Denn Du kannst erst niemand schlecht sprechen, aber es geschieht mir ja recht, daß Du mich in der Not berührst. Ich hab's um Dich verdient. Da niemand's nur nicht weiß, daß ich angefragt habe. Ich hätte es mir freilich denken können. Aber zu Grunde gehe ich nun, gerade wo ich den besten zeigen wollte, daß ich ein ordentlicher, arbeitssamer Mensch bin, und daß mich die Erbschaft zu Unrecht so schlecht gemacht hat, daß kein Hund einen Brocken von mir nehmen mag.“

„Hat sie das getan, Friz?“

„Ja, wohl, und noch viel mehr. Es hilft mir jetzt nichts, daß ich gern ordentlich sein möchte. Es geht alles verkehrt, denn ich kann mit den Frauweibern nichts schaffen, und die lassen alles beim unrechten Ende an.“

„Ich komme, Friz!“

„Is das ein Wort, Christel?“ fragte er hocherfreut.

„Ja.“

„Das vergesse ich Dir nie, Christel. Ich gehe schnell und schicke Dir die Dohre, daß Du gleich alle Deine Sachen mitbringen kannst.“

„Aber, Friz, heute kann ich doch noch nicht kommen.“

„Warum denn nicht, Christel? Bloß nicht 'ne Sache auf die lange Bank schieben. Frische Fische, gute Fische! Christel, es schwannt mir, daß was daswischen kommt, wenn Du nicht sofort kommst, und dann kann ich mich als Knecht bezeichnen, denn ich freit die Wirtschaft nicht ohne Dich. Wenn Du mir wirklich helfen willst, dann mußt Du gleich zugreifen und die Kasse aus dem Drod schieben, ehe sie ganz brün verfaßt. Aber es ist Dir wohl lieber laß geworden. Na, das kann ich Dir nicht abel nehmen. Du is es wohl am besten, wenn ich ein Ende mache.“

„Die Du nur so sprechen kannst!“ sagte das Mädchen mit sanftem Vorwurf. „Ich will doch kommen!“

„Gann tu es gleich, damit ich aus der Angst komme!“

Er bestärkte sie so lange mit Worten, bis sie einwilligte, aber so wie er ihre Zusage hatte, entfernte er sich schnell, denn einer Begegnung mit Christel's Mutter würde er sorgfältig ausweichen. Sein Herz war leicht und frei, und er dachte: Wenn der alte Frizher für sein schwermütiges Wort verurteilt hätte, dann hätte ich ihn zu Hause gelassen. Das war eigentlich verdammt richtig und ihm, daß er nicht besser für das gute Mädchen geklagt hat. Die alte

Hilbigen wird einen großen Krach machen, aber Christel wird sich nicht überreden lassen, auf das Mädel zu Verlo.“

Christel hatte einen hyperen Stand, als sie ihre Mutter von ihrem Vorhaben in Kenntnis gesetzt hatte. Frau Hilbig rief empört:

„Mädel, bei Dir is 'ne Schraube los! Die kannst bloß mit einem Menschen wieder anhängeln, der Dich wegen einer andern hat sitzen lassen! Du bist nicht bei Traue. Ins Narrenhaus geh'stel! Wenn Du mir ja kommst, dann komme ich Dir noch ganz anders! Dann sollste mal sehen, wie Du Dich in die Kesseln gefest hast! Ke, das kannst mir doch nicht antun! Das is ja garnicht möglich! Du weißt ja garnicht, was ich für 'ne gute Mutter bin! Steh' mal, Christel, ich hält' ja garnicht nötig gehabt, mich so zu schänden und so zu drehen, wenn ich nicht wollte für meine Kinder sorgen. Ich hab' mein Gebtag hart gelegen, Guch wollte ich das Bett weichen machen, und darum habe ich mir nichts vergönnt. Aber nun will ich auch Paul haben für alle meine Güter. Kannste es wirklich übers Herze bringen, daß Du Deine gute, liebe Mutter so vor den Kopf stoßt, Christel?“

Frau Hilbig begann laut zu schreien und sprach den Wunsch aus, tot und begraben zu sein, und auch ihre Tochter vergoß Tränen.

„Na siehste“, sagte Frau Hilbig, „du biste wieder mein Mädel, nu Du Dein Unrecht eingesehen hast. Daß den Auhlat nur die Dohre schaden, ich werde dem Knecht schon heimkuchen. Der soll schnell genug wieder auf dem Bergboi sein!“

„Mittel, set mir bloß um Gotteswillen noch böje!“ flehte Christel. „Ich muß dem Friz mein Wort halten. Ich kann mich anders.“

„Solte ihm doch so Wort, wie er Dir Wort gehalten hat“, sagte die Frau erbittert, „aber ich sehe, Du bist in den langen Gottlieb verwickelt und denkst, er wird Dich heiraten. Wenn Du das willst, machste hier bleiben; wenn Du zu ihm gehst, spannt die Hefde hinter den Bogen. Kein Mensch is so dumm, daß er was kauft, das er umsonst kriegt. Der läßt Dich wieder sitzen; aber das zweite Mal läßt er Dich in Schimpf und Schande sitzen.“

„Mittel, Du kennst mich doch“, sagte Christel, „es wird nichts dorkommen. Soll ich's Dir aufs Kreuzig schwören?“

„Is will Dich zu keinem Weineid annehmen“, versetzte Frau Hilbig erregt. „Ich weiß, daß da kein Schwur steht. Wenn nur in Dein Verberden, ich hab' Dich gewarnt. Auf den Bergboi kommst du nicht. Wenn Du mich brauchst, dann weichte is, wo ich zu finden bin. Wäre nur der Johann hier, dann hätte ich doch eine Stube, dann wäre ich nicht so allein und verlassen. Jeddell! Eine arme Hilbig is wie Gottes arm Mädel, jeder nimmt von ihr, so viel er mag.“

Familiennachrichten.



Den Heldenod für sein Vaterland starb am 8. März in treuer Pflichterfüllung mein herzenguter, braver Mann, unser teurer Vater, Sohn, Schwiegersohn und Schwager, der Tischler

Josef Kahner

im 39. Lebensjahre. 6849
Breslau, Goethestrasse 8, den 23. März 1916.
In tiefster Trauer
Sofie Kahner geb. Pollak
und 3 Kinder.

Versammlungen u. Vereine

Am Sonntag, den 26. März 1916
nachmittags 4 Uhr
finden an nachstehenden Orten

Mitglieder-Versammlungen
der Sozialdemokratischen Vereine

hatt mit dem Thema:

„Die Frauenarbeit während und nach dem Kriege“

- | | | |
|----------------|---------------------|------------------|
| Kattowitz: | Gewerkschafts-Saal, | Kathaus-Str. 12, |
| Königshütte: | " | Hing- " 3, |
| Beuthen O.-S.: | " | Gaj- " 1, |
| Gindenburg: | " | Garten- " 2, |
| Neudorf: | " | Wala- " 1, |
| Antonienhütte: | " | Wala- " 1, |

Referenten sind die Gewerkschafts-Sekretäre:
H. Löffler, Ernst Trappe, S. Patyna,
J. Schwob und J. Benedikt.

In allen Versammlungen haben Gäste Zutritt und sind herzlich willkommen!
Besonders die Frauen werden erbeten, solche zu entsenden!
Der Bezirks-Vorstand.

Kriegsgemüsebau in Hausgärten

Die planmäßige Vermehrung der Hausgärten zur Steigerung unserer Nahrungsmittelproduktion ist dringend erwünscht. Insbesondere empfiehlt es sich wegen der mangelnden Einfuhr von Frühkartoffeln, solche in größerer Menge zu bauen. Es ist jedoch durchaus nötig, sie nur bei entsprechenden, wo die natürlichen Bedingungen des Bodens und die Verhältnisse ihrem Gedeihen günstig sind und das Land gut vorbereitet ist. Der Anbau findet am zweckmäßigsten durch den Besitzer oder die Bewohner des Hausgrundstückes statt.

Um eine Sommerüberwindung zu verhindern, haben sich nachstehende Stellen bereit erklärt, kostenlos zu begraben, ob oder inwieweit in Frage kommende Hausgärten für den Anbau von Kartoffeln und Gemüse geeignet sind. Es begünstigen:

- Städtische Gartendirektion, Brückenstraße 55,
- Schlesische Kriegsberatungsstelle für Kleingartenbau, Kronprinzenstraße 65/67.

Sie bitten um diesen Anzeiger den weitgehenden Gebrauch zu machen. 6847

Ansehungs der Stadt Breslau

für den Anbau von Gemüse und Kartoffeln.
Jungfer.

Die ehrenamtlich geleitete

Städtische Beratungsstelle für Frauen und Mädchen

eröffnet jeden Dienstag und Freitag, nachmittags von 5^{1/2} bis 6^{1/2} Uhr, an der Elisabeth-Kirche 3/4, I. Stock, Zimmer 20, unentgeltlich Auskunft über Auszubildungsstellen, Lehrlings- und Auszubildungsstellen aller gewerblichen, handwerklichen, wissenschaftlichen, technischen und beruflichen Branchen.

Für Schülerinnen und Schülerinnen ist eine besondere Beratungsstelle beim Nationalen Frauenrat eingerichtet. Unentgeltliche Beratung jeden Dienstag und Freitag, nachmittags von 5 bis 6^{1/2} Uhr, Zimmer 1, II. Zimmer 10. 6851

Breslau, den 21. März 1916.
Der Magistrat.

Auktion!

Montag, d. 27. März 1916.
Friedrich-Wilhelm-Platz 61, I.
Schüler, Abends 8 Uhr.

Konfirmations-Anzug

Montag, d. 27. März 1916.
Friedrich-Wilhelm-Platz 61, I.
Schüler, Abends 8 Uhr.

Stadt-Theater.

Freitag: Gefährten.
Sonntag 7^{1/2} Uhr:
„Figaros Hochzeit“.
Sonntag 8 Uhr:
„Barfisch“.

Lobe-Theater.

Freitag 7^{1/2} Uhr: 9743
Schülervorstellung:
„Maria Stuart“.
Sonntag 8 Uhr:
„Logierbesuch“.

Thalia-Theater.

Freitag 8 Uhr. Gruppe P: 9751
„Eiga“ „Fischweiber“.
Sonntag 8 Uhr. Gruppe N:
„Hanneles Himmelfahrt“.
„Fotogens Geburtstag“.

Schauspielhaus

Corvetten-Straße. Telefon 2543.
Heute und täglich 8 Uhr: 9757
„Die Gladastrückerin“.
Sonntag, nachmittags 3^{1/2} Uhr:
„Die Fledermaus“.

12 St. Reimartler u. d. Straße 12 47.
Der Direktor Anton Bräuer. 19250

Lieblich Theater

Heute abends 8 Uhr:
Nur noch kurze Zeit!
Auf ins Lieblich!
9763
Sonntag, den 26. März
abends 8 Uhr:
Die letzten 2 Sonntags-
Vorstellungen
Auf ins Lieblich!

Viktoria-Theater

Nur noch wenige Tage:
„Pipin der Kleine“
Sonntags-Mittagspreise.
Sonntag, d. 26. März, 3 Uhr:
Nachmittags-Vorstellung
„Pipin d. Kleine“, Kleine P.



Eden-Theater

Nicolaistraße 27.
Ab Freitag:
Erstaufführung
in Breslau.

Mama hat es gewollt

Das verlassene Gold
Erstaufführung in Breslau.

Heldentum in Krähwinkel

Erstaufführung in Breslau.

Kriegs-Wehrkerker

Erstaufführung in Breslau.

Lichtspiele

UT

Der Herr von Florenz

Der Herr von Florenz

Der Herr von Florenz

Erstaufführung in Breslau.

Neptun-Stiefel

für Herren und Damen
in eleganter, solider Ausführung.

zum Einheitspreise

von Mk.

11 50
Jedes Paar

in neuesten deutschen Formen, schwarz und farbig, in Schuhr-, Schnallen-, Zug-, Knopf-, auch in Derby-Schnitt, mit und ohne Lackkappe, auch in ganz Lack.

Trotz der hohen Lederpreise nur gute, dauerhafte und zuverlässige Ware.

Ein Blick in unsere Schaufenster sagt Ihnen alles!

ohne Ausnahme!

Ein einziger Versuch macht Sie zum dauernden Kunden



Schuh-Haus
Neptun
Breslau
Reuschestr. 2.

Zeltgarten
Stadtgespräch
Das Riesen-Programm

10
Spezialitäten
Anfang 7^{1/2} Uhr.
Sonntag
2 Vorstellungen 2

Circus

Busch
Leitung: Direktor
Krone-Charles
Das Gastspiel
währt nur noch bis 2. April.
Man sehe! Man esse!
mit den schönsten
Leistungen von 150
Menschen u. Tieren
zu ersehen.
Die große Eintrachts-
feier der Wesselsung
heute 8^{1/2} Uhr.
Für die Mitglieder des Preis-
Reisen-Vereins u. des Eisen-
bahn-Vereins sind Vergünsti-
gungen bis 50% herabgesetzt.
zu haben bei den Vereinen.
Führer im Lande-
busse Breslau 14. Zimmer
12. sowie im Eisenbahn-
Lokomotiv-Gebäude Süd-
straße bei Herrn Ober-
wärter Geith. Zimmer 20.

Hosen
V. Liepelt, Oelsnerstraße

Wir empfehlen:
Feldpost-Briefmappen
enthalten 5 Briefbogen und 5 Briefumschläge.
Preis 10 Pfennig.
Ausgabe A: Für den Verkehr nach dem Felde.
Ausgabe B: Für den Verkehr aus dem Felde.
Diese Mappe ist mit Vordruck zur Nachsendung ins Feld versehen. Zu beziehen durch die
Volkswacht-Buchhandlung
Breslau, Neue Graupenstrasse 7.

Gemüse- u. Obstbau, Kleintierzucht

Sie lesen Anleitungen dazu geben aus der
Lehrmeister-Bibliothek die folgenden:
Anleitung zum Gemüsebau 40 Pf. 8 265. (Nr. 35/39)
Düngung im Gemüsegarten 20 Pf. (Nr. 322)
Lohnender Kartoffelbau 20 Pf. 8 265. (Nr. 111)
Das Rippst 40 Pf. 36 265. (Nr. 260/61)
Der Hausgarten 20 Pf. 8 265. (Nr. 1)
Kultur der Erdbeere 20 Pf. 31 265. (Nr. 247)
Tomatenbühnen 20 Pf. 2 265. (Nr. 233)
Praktische Champignonzucht 20 Pf. (Nr. 146)
Unsere Beerensträucher 20 Pf. 19 265. (Nr. 231)
Gurke, Melone und Kürbis 20 Pf. 19 265. (Nr. 339)
Monatskalender für Obstbau 20 Pf. (Nr. 45)
Pflanzung und Pflege der Obstbäume 20 Pf. 16 265. (Nr. 116)
Düngung der Obstbäume 20 Pf. (Nr. 44)
Kuhbringende Züchterzucht 40 Pf. 37 265. (Nr. 225/26)
Kuhbring. Kaninchenzucht 40 Pf. 43 265. (Nr. 170/71)
Kuhbringende Ziegenzucht 60 Pf. 46 265. (Nr. 336/38)
Schweinezucht und -haltung 20 Pf. 3 265. (Nr. 63)
Kaninchenfleischzucht 40 Pf. (Nr. 334/35)

Zu beziehen durch die
Volkswacht-Buchhandlung G. m. b. H., Breslau
Neue Graupenstrasse 7.

mit Verkäuf!
Kleintierzucht, Viehzucht
Breslau, Reuschestr. 2.
biling und reich
Kupferdruck. 12
Bl.



Gedenk-Tafel im Kriege gefallener Parteigenossen und Gewerkschafter.

Tischler Max Görnig
Ehre seinem Andenten!

Breslauer Nachrichten. Breslau, den 24. März. Stadtverordnetenversammlung.

Die Freude über das Weiterbestehen des Zehnpennigertarifs auf unserer städtischen Straßenbahn war nicht von langer Dauer. Man sah zur Rechten und zur Linken drei Stadtverordnete herunterstinken, und da man außerdem wohl noch ein paar Referenten für die Fahrpreiserhöhung heranzuführen hatte, wurde der verteuerte Umsteigeretarif mit 46 Stimmen bei 80 Anwesenden angenommen, nachdem vorher nur 30 für die Beibehaltung des Zehnpennigertarifs gestimmt hatten. Auf der Rechten hielten nur die Stadtverordneten Gluske, Heidrich und Uhr aus, und auch auf der Linken gab es ein paar Umfallekandidaten, jedoch die schwache Mehrheit in die Brüche ging. Vergeblich verteidigten die Stadtverordneten Löbe, Wolfauer und Wolf den Zehnpennigertarif, gegenüber dem energischen Ansturm der Erklärungs-Stadtverordneten und ihrer freiwilligen Gefolgschaft auf der Rechten war alles umsonst.

Der Rämmerer hatte in seiner gediegenen Rede gesagt, was die Lebeimgebliebenen an Geld hergeben, das ist überhaupst kein „Opfer“ zu nennen, für die Besiegten aber hält man ein paar Steuerprozent schon für zu viel! Die Lasten verdienen festgehalten zu werden. Als Stadtverordneter Löbe die reichen Nichtsteuer mit demselben Worte bezeichnete, das man für arme Nichtsteuer immer zur Hand hat, war Herr Werschel, der gestern überhaupt seinen elegischen Tag hatte, sehr empört, obgleich jemand, der seinen Wohnsitz wechselt, um den Steuern zu entgehen, doch wirklich keines besonderen Schutzes bedarf. Nun, die knappe Mehrheit hat der bürgerfeindlichen Verteuerung die Zustimmung gegeben. Wie das finanzielle Ergebnis sein wird, müssen wir abwarten, aber wir fürchten, es wird viele geben, die nicht mehr umsteigen, und außerdem genug, die nun überhaupt laufen. Dann wird der Bürger den Nachteil haben und die Stadt keinen Vorteil. Sei Johann! sehen wir uns wieder. Und bis dahin gilt das Wort unseres Fraktionsredners: Wer in Zukunft vor solch unangenehmen Überraschungen und Umfällen geschützt sein will, der muß für mehr Sozialdemokraten im Stadtparlament sorgen.

Der angenommene Antrag hat folgenden Wortlaut:

Der Fahrpreis für Fahrten mit einmaliger Umsteigerberechtigung innerhalb der Stadtgrenze wird auf 15 Pfg. erhöht, vier Umsteigerfahrten in dieser Form werden für 50 Pfg. ausgegeben, mit der Maßgabe, daß mit Ablauf des Rechnungsjahres, in welchem der Friede geschlossen wird, der bisherige Zehnpennigertarif wieder in Kraft tritt.

Die 20 Anhänger des Zehnpennigertarifs setzen sich zusammen aus 14 Sozialdemokraten (16 abzüglich eines Stadtrats und eines im Felde befindlichen), 4 Rechtsstehenden (von insgesamt 31) und 12 Liberalen (von etwa 50 Fraktionsstärke). Bei den Liberalen stimmten für Beibehaltung des Zehnpennigertarifs: Landtagsabgeordneter Konegny, die Herren Scharte, Eifenfuß, Brinke, Wolf, Wohlauer, Frankenstein. Bei Gesprächen in der elektrischen Bahn nach Einführung des Umsteigeretarifs wird es sich empfehlen, in angemessener Weise immer wieder darauf hinzuweisen, daß der Antrag, der die Verteuerung brachte, den Namen des Zentrumsparteiordneters Verschel trägt und die Rechte ihm zum Siege verhalf. Wir werden das Unferige ebenfalls tun, daß diese Lasten nicht ins Vergessen gerät.

Erhöhung des Straßenbahntarifs.

Stadt. Gande (lib.) berichtet über den ermenten Magistratsantrag auf Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise. Die geringe Mehrheit, mit der die Preisermäßigung in der letzten Sitzung abgelehnt wurde, lasse die Vorlage als berechtigt erscheinen. Die Einnahmen der Straßenbahn seien zwar günstig, trotzdem hat sich der Ausschuss für eine Erhöhung der Fahrpreise erklärt, um die Steuern nicht zu hoch werden zu lassen. Die Erhöhung soll aber nur für die Kriegszeit eintreten.

Stadt. Wohlauer (lib.) ist gegen die Erhöhung. Hohe Tarife schaffen noch lange nicht erhöhte Einnahmen. Die Streckenarten sind unerschwinglich billig und trotzdem rentieren sich die Strecken gut, auf denen sie am meisten im Gebrauch sind. Es liegt auch keine finanzielle Notwendigkeit vor, die Fahrpreise zu erhöhen.

Stadt. Bujalowski (natlib.) wendet sich dagegen, daß der Oberbürgermeister in der letzten Sitzung einen bestimmten Wunsch des Magistrats in so scharfer Form vertreten habe. Er ist für die Erhöhung des Umsteigeretarifs, denn zu hohe Steuern würden zu einer Abwanderung der reichen Leute aus Breslau führen. Ebenso ist er für die Erhöhung des Fahrpreises nach 11 Uhr abends.

Stadt. Löbe: Wenn der Referent, der dieser Vorlage bisher das viermalige Opfer seiner Leberzeugung gebracht hat (Geiterleit.), nach der letzten Ablehnung der Fahrpreiserhöhung sagte: „Es geht auch so!“, dann hat er kein Sologlorio, sondern eine wirtschaftliche Wahrheit ausgesprochen, der sich auch der Magistrat hätte anschließen können. Der Beschluß entsprach den Wünschen der Bürgerschaft und dem kaufmännischen Grundgesetz: Die Masse muß es bringen, nicht die Kapitalisierung der Stunden. Daß es „auch so geht“, beweist der Abschluß der Straßenbahn, die heute noch 10 bis 11 Prozent Ueberschuß abwirft, der allein von den Zehnpennigertarifen aufgebracht wird, denn bei den Abonnenten werden die Selbstkosten nicht bezahlt. Die Einnahmen der Straßenbahn sind in den letzten acht Monaten um 520.000 Mark gestiegen, man kann also etwa 2-300.000 Mark mehr einsetzen, ohne die Einzelfahrt zu verteuern. Auch die Steuern brauchen nicht erhöht zu werden, denn wenn wirklich der Ausfall von 375.000 Mark eintrete, so ist schon jetzt der Etat um 350.000 Mark in den Ausschüßungen verbessert. Wie kann da die „Schlechte Wollsgewandung“ — das ist das hiesige Zentrumsbüro, die meisten von ihnen werden es nicht kennen (Große Geiterleit.) — behaupten, die ganze Gestaltung der städtischen Finanzen hänge davon ab. Von 250.000 Mark bei einem Etat von 47 1/2 Millionen Mark! So kann doch nur kommunalpolitische Analysehabeitum reden. Wir sind keine Banaliter der Steuererhöhung, aber wir sind allerdings der Meinung, daß man der Seimarbeiterin, die mit ihrer Arbeit zum Geschäft fährt, nicht 15 Pfg. fürs Umsteigen abnehmen soll, sondern dem Manne, der auf Summarrädern fährt und in Altkönig eine Villa hat, eher ein paar Mark Steuern. (Beifall.) Mit dem Ausreißer der reichen Leute ist es nicht so schlimm. Wer eine wirtschaftliche, industrielle oder sonstige Tätigkeit am Tage ausübt, der wird nicht fortziehen, wenn einer aber garnicht arbeitet — dann können wir unsere Steuern nicht auf die wenigen wohlhabenden Mitbewohner oder Summaler mit Vermögen einrichten, die sonst die Lasten der Steuern wegen Wegzuges in dieser Zeit der Dürre. Die Erhöhung soll nur für die Kriegszeit gelten, aber wer dem Teufel den Keinen Ringel reißt, dem nimmt er gleich die ganze Haut. Der Magistrat selbst will die Erhöhung dauernd haben, also: wehret den Anfängen! Wenn die Stadtverordneten sich selbst Vorzugsarten bewilligen, dann sollen sie den anderen Bürgern nicht den Zehnpennigertarif erhöhen. Es geht auch so! (Beifall.)

Stadt. Freige (lib.) gibt zwar zu, daß der Erlösausgleich in den ersten zwei Sitzungen viel gepart hat, dagegen werde der Ausschuss der geordneten Erhöhung des Wasserpreises und der Hürdenleistung nicht zustimmen, wodurch der Etat 300.000 Mark Einnahme verliert. Die starken Säulstern sind durch direkte Steuern ohnehin schwer belastet. Man darf durch steuerliche Maßnahmen den Sinn für Spararbeit und Vorkaufskommen nicht erlösen. Der Straßenbahnfahrpreis betrug bereits 10 Pfennige, als die Stadt noch viel kleiner war, über eine gewisse Leistung hinaus lassen sich deshalb 15 Pfg. sehr gut rechtfertigen. Die ganze Debatte wäre erpart worden, wenn der Magistrat nicht so spät gekommen wäre. Wäre er allgemal 15 Pfg. verlangt, dann hätte er ohne weiteres erhalten, was er in dem vorliegenden Antrag will. Die Erhöhung des Umsteigeretarifs wird das Gute haben, daß sich die Leute nicht mehr so sehr an den Umsteigerstellen drängen, sondern lieber 5 Pfg. ablaufen.

Oberbürgermeister Matting spricht sich ausführlich für die Einführung einer Mehreinnahme aus, wobei sich der Magistrat den Wünschen der Stadtverordneten fügt, gleich so diese den Jontentaris oder die Erhöhung beim Umsteigen beschließen.

Stadt. Wolf (lib.) wendet sich gegen das Gespenst der Abwanderung reicher Leute und berechnet, daß ein Mann von 20.000 Mark Einkommen jährlich ganze 24 Mark mehr Steuern zu zahlen hätte, also höchstens knapp 50 Pfg. mehr, wenn keine Fahrpreiserhöhung erfolgt. Deshalb aber zieht kein Mensch von Breslau fort. Das Weltwort lehrt, wie billige Tarife den Verkehr steigern und die Einnahmen vermehren. Herr Bujalowski klagt immer, daß das Baugeschäft durch Steuern ruiniert wird, und jetzt will er das Verkehrsweesen ruinieren.

Stadt. Verschel (Zentrum) erklärt gegen Löbe, um Gegengläube auszugleichen, habe Wert die Liebe eingefleht. Wer schämisch oder böhmisch wird, hat Unrecht. Löbe hat von kommunalen Analysehabeiten geredet; rechnet er denn den Rämmerer (Chorufe) und Herrn Freige auch dazu, die doch auch für die Erhöhung sind? Eine Abwanderung in eine niedrigere Klasse, wie bei der Eisenbahn, kann bei der Straßenbahn nicht erfolgen. Daß wir nicht unsozial sind, beweist doch der Umstand, daß wir die Arbeiter unter dem Selbstkostenpreise fahren lassen. Der Fahrkarte zu 12 1/2 Pfg. beim Kauf von vier Stück liegt ein sozialer Gedanke zugrunde. Herr Löbe verlangt in dieser schweren Zeit die Erhöhung der Schülerkarten von 3,50 Mark auf 4 Mark. Das ist sehr unsozial, denn die Leute aus dem Mittelstande werden am Luftstrich gehindert, wenn sie die Schule nicht mehr besuchen können. (Mittelmäßiges Lachen.) Die Forderungen des Tages sind gesunde Finanzen.

Stadt. Kaufmann (natlib.) hält vier Prozent mehr oder weniger Steuern nicht für notwendig. Wir müssen doch in Betracht ziehen, daß 10 Pfg. heute nicht mehr das sind, wie früher. Eine Erhöhung der Schülerkarte auf vier Mark ist berechtigt.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Antrag Wolf-Wohlauer, die Fahrpreise nicht zu erhöhen, wird mit 50 gegen 30 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag, die Erhöhung am Ende des Krieges wieder außer Kraft zu setzen, wird angenommen.

Der Preis des Umsteigerbilletts wird auf 15 Pfennige festgelegt; 46 Stadtverordnete stimmen dafür. Die Erhöhung der Schülerkarten auf 4 Mark wird abgelehnt. Die Gültigkeit dieser Karten wird bis auf 8 Uhr abends verlängert, doch dürfen mit ihnen am Tage nur noch vier Fahrten vorgenommen werden.

Neue Räume für das Versicherungsamt.

Ein Magistratsantrag verlangt die Vermittlung von 810 Mark jährlich zur Mietung von Büroräumen im neuen Liebhause an der Springerkstraße für das Versicherungsamt. Stadt. Bickhoff tritt als Vertreter für die Vorlage ein. Stadt. Jäger glaubt, das Geld ließe sich ersparen, wenn man das Versicherungsamt im leerstehenden Hause der Werdermühle unterbringe. Er sucht deshalb um Ausschüßberatung. Stadt. Bickhoff weist darauf hin, daß die neuen Räume billiger sind, als die alten in der Perrenstraße und daß bequeme Fahrstühle zur Verfügung stehen. Stadtrat Förster erwidert, die etwaigen Ausschüßberatungen möglichst zu beschleunigen. Stadt. ordneter Hammer (Soz.) weist auf die unbilligen Verhältnisse auf der Perrenstraße hin. Im Gebäude der Werdermühle werde es nicht besser, dagegen seien die Räume im Liebhause von vornherein für solche Zwecke geschaffen. Stadtrat Werg teilt mit, daß das Gebäude der Werdermühle für Zwecke des Elektrizitätswerks in Aussicht genommen ist. Stadt. Müller trat noch für die Mietung ein, die schließlich ohne Ausschüßberatung beschlossen wurde.

Die neue Verkehrsordnung und der neue Tarif für die Gasverwaltung sollte nach dem Entwurf des Bericht-

statter, Stadt. Fettinger sofort angenommen werden. Stadt. Wiener (Soz.) beantragte Ausschüßberatung, da sich hier erhöhte Einnahmen erzielen lassen. Die Versammlung beschloß Ausschüßberatung.

In den Ausschüß verwiesen wurde auch die Vorlage auf Anbau einer Werkstatt im Straßenbahnhof an der Frankfurterstraße.

Das Gehalt des Rämmerers wurde für den Fall der Wiederwahl auf 12.400 Mark und vom 1. April 1918 ab auf 13.000 Mark festgelegt. Im Falle einer Neuwahl soll das Gehalt 10.000 Mark betragen und von drei zu drei Jahren um je 700 Mark bis zur Höhe von 12.100 Mark steigen. Der Uebernahme eines Herbstbetrages von ungefähr 7000 Mark bei der Verwaltung des Studentenheims auf die Stadt wurde zugestimmt.

Die Versicherung der Kraftfahrzeuge der Feuerwehr bei der königlichen Unfallversicherungs-Attiengesellschaft vom 1. April d. Jz. bis 1. April 1921 wurde beschlossen.

Der Verstärkung der Mittel für Drainagen in Oswitz, Leipe und Kaufern um 5000 Mark wurde zugestimmt.

Die rückständigen Schulgelber aus dem Vorjahre in Höhe von 25.000 Mk. werden niedergelegt.

Der Teilung der 6. Klasse der Sophienschule wurde zugestimmt.

Schluß der öffentlichen Sitzung 8 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Höhere Strafen gegen den Lebensmittelwucher.

Amlich wird aus Berlin gemeldet: In der Sitzung vom 23. März beschloß der Bundesrat die Verordnung, durch die die Strafvorschriften des Höchstpreisgesetzes und der Preiswucherverordnung so umgestaltet werden, daß Ueberverordnungen von Höchstpreisen und Preistreibern wirksamer verhindert werden können. Insbesondere soll fortan die zu verlangende Gebühre grundtätlich auf das Doppelte der erzielten Gewinne bemessen werden.

Höhere Strafen gegen den Lebensmittelwucher sind durchaus angebracht. Aber die Strafen sollten in der Regel auch schärfer sein. In zahlreichen Fällen ist mit Geldstrafen garnichts ausgerichtet. Sie werden leicht aus den hohen Gewinnen bezahlt. Die unverkäuflichen Wucherer müßten alle ins Gefängnis gesteckt werden.

Wo bleibt das Fleisch zu den Höchstpreisen?

Eine Hausfrau schreibt uns: Der Magistrat hat wieder einmal die Höchstpreise für Rind- und Kalbfleisch erhöht. Es mag ihm nicht leicht geworden sein, schon wieder höhere Preise festzusetzen, nachdem dies erst vor Monatsfrist geschehen ist. Und doch, wir Frauen wären bis zum gewissen Grade froh, wenn es möglich wäre, für die Höchstpreise etwas Rind- oder Kalbfleisch einzulaufen. Aber wohin wir gehen, überall zeigen uns die Herren Metzger nur Fleisch, das teuer ist. Höchstpreisfleisch ist fast nirgends zu bekommen. So ist es auch mit dem Schweinefleisch. Ein Pfund Fleisch, ganz gleich, ob Rind-, Kalb- oder Schweinefleisch, kostet stets über zwei Mark. Für die armen Leute ist damit das Fleischessen zu Ende. Was dies bedeutet, ist leicht zu sagen.

Der preussische Minister des Innern scheint diese „unerreichten Erreichungen“ auf dem Lebensmittelmarkt auch zu kennen und fordert eine scharfe polizeiliche Ueberwachung. Da möchte ich empfehlen, auch die Fleisch- und Wurstgeschäfte zu besuchen und zum Rechte zu stehen. Und herzlich zugreifen, wo es nötig ist, das wäre die Hauptfache.

Neue Ermittlung der Kartoffel-Vorräte.

Aus Berlin wird gemeldet: Nachdem am 25. Februar eine Aufnahme aller in den Händen des Handels und der Verbraucher befindlichen Kartoffelmengen stattgefunden hat, wird am 15. April eine Bestandesaufnahme beim Erzeuger vorgenommen werden, deren Zweck es ist, nimmehr genau zu ermitteln, über welche Vorräte wir noch verfügen.

Breslaus Einwohner im Januar.

Nach der Fortschreibung hatte Breslau Ende Januar 493.021 Einwohner, 195.430 männliche, 308.593 weibliche. Die Bevölkerung hat demnach um 577 (320 männliche und 257 weibliche) zugenommen. Der Ueberchuß der Gestorbenen über die Geborenen war 10, der Zugewogenen über die Weggezogenen 587. Die Zahl der Geborenen betrug 821 mit Einschluß von 37 Totgeborenen, die durchschnittlich tägliche Geburtenzahl also 26,5 wie im Vormonat, gegen 28,6 im Januar 1915 und 39,0 im Januar 1914.

Die Zahl der Todesfälle (ohne Totgeburt) war 791 mit Einschluß der im Januar durch Teilnahme am Kriege Gestorbenen, soweit sie bis zum Abschluß des Berichtes amtlich beurkundet worden sind. Unter den 260 Geschlechtsungen waren 150 ohne oder mit abgekurztem Aufgebot. Im Januar 1915 haben 197, im Januar 1914 281 Geschlechtsungen stattgefunden. Die Gesamtzahl der Kriegstoten vor den hiesigen Standesämtern ist nunmehr auf 2864 gestiegen.

Die Zahl der von Hotels, Fremdenpensionen, Fremdenanstalten usw. gemeldeten Fremden betrug 15.866 mit 2075 Mitreisenden, aber ohne 493 durchreisende Schiffern mit 206 Angehörigen. Im Vormonat waren es 15.799, im Januar 1915 16.257 Fremde.

Die vierte Kriegsanleihe.

Etwa 9 Millionen Mark sind von 13.565 Sparern der städtischen Sparkasse für die vierte Kriegsanleihe gezeichnet worden, in der städtischen Bank 4.200.000 Mark. Auf die erste Anleihe zeichnete die städtische Bank 2.9.000 Mark, auf die zweite 2.457.000 Mark, auf die dritte 8.200.000 Mark. Brauerbesitzer Kommerzienrat D. A. A. zeichnete auf die vierte Kriegsanleihe 200.000 Mark.

Nicht weniger Bier.

Die Zeitungen melden vieler Tage, die gewerbliche Bierbrauerei würde demnächst von 48 auf 40 Prozent herabgesetzt. Diese Mitteilung entspricht, wie es leicht heißt, nicht den Tatsachen. Bisher ist wenigstens an den zuständigen amtlichen Stellen von einer dahingehenden Absicht nichts bekannt.

Die neuen Kriegssteuern.

Deutscher Reichstag.

36. Sitzung. Donnerstag, den 23. März, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratlich: Plessertich, Kracke.
Die erste Lesung des Etats und der Steuervorlagen wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Stresemann (Nalb.):

Der Staatssekretär v. Tirpitz verkörperte den Willen des deutschen Volkes zur Seegehung, und es ist ihm zu danken, dass sein Name mit der Geschichte der deutschen Flotte und des deutschen Vaterlandes verbunden sein. (Bravo! rechts und bei den Nalb.) Die wirtschaftliche Niederringung Deutschlands ist ebenso unmöglich wie seine militärische Niederringung. Das verbanden wir nicht zum wenigsten der Stärkung der deutschen Landwirtschaft. Die gewaltigen Ausgaben, die der Krieg notwendig macht, können wir nicht sämtlich auf Anleihen nehmen. Handel und Industrie sind auch bereit, neue Steuerlasten auf sich zu nehmen. Die Tabakindustrie vertritt durchaus eine weitere steuerliche Belastung. Große Bedenken haben wir aber gegen die Erhöhung der Postgebühren. Zu erwägen wäre statt dessen die Einführung einer freiwillig zu leistenden Kriegsgewinnsteuer wie in Österreich.

Die Kriegsgewinnsteuer ist eine sehr scharfe Vermögenssteuer. Diese Kriegsteuer trifft auch keineswegs nur durch besonderes Glück erworbenes Vermögen, sondern auch das durch eheliche Arbeit und Sparsinn erzeugte. Die Höhe etwa noch zu erhöhen, geht nicht an, man darf die Besteuerung des Vermögens und des Kapitals nicht überspannen, wie auch der Sozialdemokrat Kallist sehr richtig in den „Sozialistischen Monatsheften“ hervorgehoben hat. Dagegen kann man die Gewinne der ausländischen Gesellschaften stärker besteuern. (Sehr richtig! b. d. Nalb.) Auch der Wehrbeitrag ist als Ausgleich gegen die indirekten Steuern genannt worden. Wir sind geneigt, zu prüfen, ob er noch weiter erhoben werden kann. Dagegen kann die Frage der Erbschaftsteuer während des Krieges nicht aufgestellt werden, an die man erst wieder nach dem Kriege gedacht werden. (Zustimmung b. d. Nalb.) Gegenüber den vielen neuen Steuerprojekten, die jetzt auftauchen, wobei aber jeder immer nur die anderen treffen will, können wir nur angesichts der Milliardenbelastung, die später zu decken sein wird, sagen: Nur nicht drängeln, es kommt jeder ran! (Beifall.) Bei der kommenden großen Finanzreform wird eine Abgrenzung über die Erhebung der Einkommen- und Vermögenssteuer zwischen dem Reich und den Einzelstaaten erfolgen müssen. Ferner wird man Reichsmonopole an Stelle bestehender Privatmonopole schaffen. Freilich muß die bürokratische Langweiligkeit aus unseren Zentralstellen beseitigt werden, statt dessen muß dort kaufmännisch gearbeitet werden. (Beifall.)

Abg. Graf Westarp (lonf.)

bedenkt zunächst der Laten unserer Flotte und der Verdienste des Großadmirals v. Tirpitz. Mit der Abmachung über die U-Bootfrage haben wir auf ihre Erörterung im Plenum keinesfalls verzichtet, sie ist lediglich aufgeschoben. (Gut, hört!) Auch der Besitz muß Opfer bringen, aber die Besteuerung des Einkommens und Vermögens hat ihre Grenzen, die Kapitalerfassung darf nicht unmaßlos gemacht werden. Wir werden der Kriegsgewinnsteuer, in Wirklichkeit einer Vermögenswachstumssteuer, zustimmen, aber darüber hinaus lehnen wir jede weitere direkte Steuer ab.

Die Tabakindustrie kann sehr wohl eine dauernde Mehrbelastung tragen. Ueber die Einzelheiten der Verschätzungen werden wir uns in der Kommission unterhalten. Im ganzen sind die Steuervorlagen eine tapfere Tat. Unser Wirtschaftsleben hat sich auch während des Krieges als gesund und kraftvoll erwiesen und wird die Belastungsprobe der neuen Steuern sicherlich aushalten. (Bravo! rechts.)

Abg. Mertin (Deutsche Partei):

Gegen den in der offiziellen Presse unserem U-Boot-Antrag gegenüber erhobenen Vorwurf, er greife in die Kommandogewalt des Kaisers ein, erhebe ich nachdrücklichsten Protest. (Bravo rechts.) — Der Besitzsteuer können wir zu. Berechtigt ist auch die Besteuerung des Tabaks als ein „Genusmittel“. Fraglich ist, ob eine Erhöhung des Preisportos angebracht ist. Dagegen können die Trudsjachen eine Besteuerung des Postes vertragen. Möge der Reichstag sich in den Steuervorlagen in dieser großen Zeit nicht kleinlich zeigen. (Bravo! rechts.)

Abg. Hock (Soz.):

Graf Westarp erinnerte an den Geist vom 4. August. Das war sehr unvorsichtig, denn die gegenwärtige Aussprache über die Steuerfrage läßt bei dem Vertreter der Regierung und den meisten Rednern der bürgerlichen Parteien gar nichts von jenem Geiste des 4. August 1914 vernehmen, den wir in der Zeit der Verdorbenheit als bleibende Wirkung unserer schweren Kriegszeit erwarten. Die Gründe, mit denen die Tabaksteuer und die Verbrauchssteuern verteidigt und die Einkommensteuer bekämpft worden ist, sind so kleinlich, engherzig, einseitig berechnet auf den Augen der Reichen und zum Schaden der armen Klassen, wie es jünger auch vor dem 4. August 1914 nicht möglich gewesen wäre. (Sehr richtig! bei den Soz.) — Alle Beteiligten, abgesehen von den ganz großen Unternehmungen, sind sich im Gegenjag zum Staatssekretär darüber einig, daß die Wirkungen der Tabaksteuer auf die Arbeiter sehr schädlich sein wird. Welche Kräfte glauben an eine Erbschaftsteuer, durch die die kleinen Leute zu Grunde gerichtet werden, damit dann das Monopol um so schneller durchgeführt werden kann. Wer ist der Tabak ein Genussmittel, aber für die großen Massen, die doch nicht nur Arbeitsmaschinen sind, ist er in der Tat ein unerträgliches Genussmittel, wenn ihre Schaffenskräfte erhalten werden soll. Das weiß auch die Betriebsverwaltung genau und deshalb schickt sie so große Mengen von Zigaretten ins Feld. (Sehr wahr! bei den Soz.) Daher bedeutet die Besteuerung des Tabaks eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung gerade der armen Bevölkerung jetzt während des Krieges. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Die Verbrauchssteuern

lassen die Kleinsten mit geringem Einkommen unter Umständen viel härter als große Geschäfte. Und soweit diese Steuern abgewälzt werden, bedeuten sie wieder eine Verschlechterung der Lebenshaltung der großen Massen. Eine Abwälzung wird im übrigen nur den großen Unternehmern möglich sein. Daher wirken auch diese großen Steuern wieder als ungerechte Mehrbelastung der kleinen Geschäftskreise. Die Besteuerung der Postsendungen wirkt zur Einschränkung des Postverkehrs, vor allem im Geschäftsleben, führen; auch dadurch werden vor allem die kleinen Geschäftskreise geschädigt. All diese Steuern bedeuten also eine Schöpfung der Reichen gegenüber der armeren Bevölkerung und somit eine schreiende Ungerechtigkeit. Der Staatssekretär hat gesagt, die Ausarbeitung der Steuern hätte viel Arbeit und Mühe gekostet. Das glaube ich. Aber auch wir haben uns große Mühe gegeben, um unserer Vor schläge auszuarbeiten, wie der Betrag, der jetzt gebauht wird, auf andere Weise aufgebracht werden kann. Unsere Vor schläge auf

erhebliche Erhöhung der Kriegsgewinnsteuer.

auf Erhebung eines neuen Wehrbeitrages und Aushebung der Erbschaftsteuer sind ebenfalls sehr richtig überlegt. Die Erbschaften, die entfernten Verwandten zufallen, werden bei uns heute ganz ungenügend besteuert. (Sehr wahr! bei den Soz.) Gerade diese Fälle wollen wir treffen, wo ganz

entfernte Verwandte, die bei normalem Lauf der Dinge gar keine Aussicht dazu hatten, in den Besitz einer Erbschaft gelangen nur dadurch, daß die nächsten Verwandten hinweggerafft werden. Die Besteuerung solcher Erbschaften ist durchaus gerecht und notwendig. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man hat gesagt, die Einkommensteuer dürfe nicht überbäumt werden. Auch die Sozialdemokratie habe unter der Einwirkung des Krieges erkannt, daß die Erhaltung der Kapitalbildung die Grundlage des wirtschaftlichen Lebens darstelle. Diese Erkenntnis ist für uns durchaus keine neue. Auf Grund dieser Erkenntnis sind die Beschlüsse unserer Parteitage gefaßt worden. Gewundert hat mich, wie der Staatssekretär bei dieser Gelegenheit jagen konnte, es können nicht alle Pferde auf denselben Grundbe weiden. In der Tat ist das doch der Fall, sowohl die Besitzsteuer wie die Verbrauchssteuern müssen alle aus dem Ertrag der Arbeit genommen werden. Und der Unterschied zwischen den Verbrauchs- und Einkommensteuern ist nur der, daß die Verbrauchssteuern die Steuerzahler um so mehr be-

je ärmer sie sind,

während die Einkommensteuer die Steuerzahler im Verhältnis zu ihrem Einkommen, also um so mehr

je reicher sie sind,

belassen. Sie allein entsprechen also dem Grundsatz, daß jeder nach seiner Leistungsfähigkeit besteuert werden soll. Man hat gesagt, das Volk müsse zu größeren Opfern bereit gebracht werden. Werden aber durch Verbrauchssteuern dem Volke weitere Erzwänge aufgezwungen, dann wird die Arbeitskraft des Volkes geschwächt, und dadurch unger Wirtschaftslieben viel mehr geschädigt als etwa durch eine langsame Zunahme der Vermögen. Wird das Vermögen der Reichen dadurch vergrößert, daß die Lebenshaltung der großen Masse herabgedrückt wird, so heurmt es die wirtschaftliche Entwicklung viel mehr als es selbst durch die größte Einkommensteuer geschädigt werden könnte.

Man sollte es so dar, als ob Einkommensteuer des Reiches den Einzelstaaten den Lebensboden abgeben würde. Wir sind die letzten, die den kulturellen Bestrebungen der Einzelstaaten entgegenreten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir wollen auch die Einzelstaaten und Gemeinden vorjort wissen. Aber glaubt denn irgend jemand, daß wir nach dem Kriege ohne direkte Einkommen- und Vermögenssteuer im Reiche auskommen können? Es wird sich nach dem Kriege nicht um eine halbe Milliarde handeln wie jetzt, sondern um 4 bis 5 Milliarden!

Die können nicht durch Verbrauchssteuern aufgebracht werden. Wenn selbst ein Staatssekretär den Mut hätte, es zu versuchen, das deutsche Volk würde es sich nicht gefallen lassen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Freilich muß sich der direkten Einkommen- und Vermögenssteuer für das Reich eine Regelung des Vermögens mit den Bundesstaaten und Gemeinden anschließen. An der Notwendigkeit dieser Entwicklung werden alle Trägerleben der Nation nichts ändern. Sie verlassen diese kommende Regelung „im Interesse des Vaterlandes“, es ist eben den Menschen eigen, kein Interesse mit dem der Gesamtheit gleichzusetzen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Vorkredner betonte, daß in Preußen die direkten Steuern um 100 Prozent vermehrt werden. In Wirklichkeit werden sie von höchstens 4 auf höchstens 8 Prozent erhöht. Das zeigt die Auffassung der Herren, die meinen, dem Vaterland ist am meisten gebietet,

wenn ihr Geldbeutel geöhnt wird!

(Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Steuern sind notwendig geworden durch das ungeheure Anwachsen der Schulden. Diese sind unser Unglück, denn sie sind nicht gemacht, um Wohlstand zu verbreiten, um Freude in die Hütten der Armen und Glück und Segen in die Familien zu tragen, sondern damit sich die Völker zerfleischen und alles was die Kultur geschaffen hat, vernichten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Herr Spahn zitierte die Aeußerung eines englischen Ministers, daß die Zeit für den Frieden noch nicht gekommen sei. Aber die Not und der Jammer, die bei uns vorhanden sind, bestehen auch in den anderen Staaten, alle häufen Schulden auf Schulden und alle haben die Hoffnung auf Kriegsende aufgegeben. Auch neue Erwerbsmöglichkeiten wird der Krieg nicht schaffen. Teuflich wird sich doch, daß kein Staat dem anderen Friedenbedingungen wird aufzwingen können. Wir werden unsere Unabhängigkeit schützen, aber auch die Unabhängigkeit der anderen Völker wird erhalten bleiben. Ueberall wird die Folge des Krieges sein, daß das Volk sich in furchtbarer Not und Elend befindet. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Je länger der Krieg dauert,

desto mehr Opfer an Gut und Blut muß jedes Volk bringen, desto mehr Arbeitskräfte werden vernichtet, desto mehr Rohstoffe werden vergebend, desto mehr Einrichtungen für Handel und Verkehr, Kunst und Wissenschaft werden zerstört. Deshalb ist die Fortjagung des Krieges ein Wahnsinn, jede Verschärfung ein unverantwortliches Verbrechen an der Menschheit. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wenn der Krieg nur noch drei Monate länger dauert, so sind wieder 10 Milliarden ausgegeben. Das zeigt doch, wie wenig mit den 500 Millionen getan werden kann. Die erste Voraussetzung dafür, daß unsere Finanzen nicht in trostlosen Zustand geraten, die Völker nicht in den traurigsten wirtschaftlichen Zustand, ist, daß in allen Völkern die Erkenntnis verbreitet wird,

daß dem Krieg ein Ende gemacht werden muß

und das kann nur geschehen durch einen Frieden, der die Unabhängigkeit jedes Volkes wahrt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Bei den Steuern aber bleibt der Grundsatz unerschütterlich, daß die Verbrauchs- und Verbrauchssteuern eine schreiende Ungerechtigkeit gegen die arbeitende Bevölkerung sind. Der Staatssekretär hat die Richtungstheorie direkter und indirekter Steuern aufgestellt. Er erklärt jede für einseitig und verlangt daher beide. Aber diese Rechnung stimmt nicht, denn ungerecht ist eben nur die Begünstigung der Reichen und die Belastung der armen Leute durch die Verbrauchs- und Verbrauchssteuern. Die Einkommensteuer ist nicht ungerecht, die großen Einkommen kommen ja nur aus der Arbeit der großen Masse und die höheren Einkommensteuern der reichen Leute sind nur ein kleiner Nebenbeitrag zur Ausgleichung der Ungerechtigkeit, daß die arbeitende Klasse selbst in so traurigen Verhältnissen lebt. Schon im Frieden hat sich das arbeitende Volk gegen die Ungerechtigkeit der Verbrauchssteuern gewehrt. Im Krieg verlangt man von jedem seine ganze Kraft einzusetzen, auch wenn er Vermögen, Stellung und Einkommen dadurch verliert. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Nur bei den Steuern soll es nicht so sein, da sollen die umso weniger zahlen, je reicher sie sind. Dadurch beschwören Sie unerträgliche Zustände im Volk heraus. (Zustimmung b. d. Soz.) Der Staatssekretär und Herr Stresemann berufen sich darauf, daß Handel und Gewerbe der verjagten Regelung zustimmen. Das sind aber gerade die Reichen, die bei dieser Regelung besonders gut wegkommen. Wir müssen gegen jeden Versuch die traurige Lage des Volkes noch zu verschlechtern durch Verbrauchs- und Verbrauchssteuern den allerjähsten Protest erheben. Sie haben das Volk in den Schlingengängen geräumt. Statten Sie ihm den Dank nicht dadurch ab, daß Sie ihm neue Lasten auferlegen und die reichen Leute schonen. Sie fordern uns zu positiver Mitarbeit auf. Wir werden nur in dem Sinne mitarbeiten, daß dem Volk auch durch die Tat gegeben wird, was ihm am 4. August versprochen worden ist. Wir werden mitarbeiten, daß dem Volk nicht neue Lasten aufgelegt und die Reichen geöhnt werden. Die Massen brauchen werden schon dafür sorgen, daß mit solchen Steuerplänen auf die Dauer nicht weiter

gewirtschaftet werden kann. Wenn Sie der Masse ihr Recht nicht geben wollen, wird sie sich ihr Recht erkämpfen. (Beifall, Beifall b. d. Soz.)

Reichsfinanzsekretär Dr. Plessertich:

Sachlich habe ich auf die Rede des Herrn Hock nichts zu erwidern, er hat nichts gesagt, was Herr Keil nicht schon besser, ruhiger und sachlicher gesagt hätte. Ueber Verwahrung muß ich dauegen einlegen, daß diese Steuervorlagen hier agitatorisch ausgenutzt werden. Sie stellen keineswegs in erster Linie eine Belastung der Armen dar und ich muß es mir verbitten, daß gesagt wird: sie sind auf den Rücken der Reichen und den Schaden der Armen berechnet. (Leb! Unruhe! bei den Soz. und Zuruf: sie wirken so!) Sie mögen der Meinung sein, dürfen aber nicht sagen, daß sie darauf berechnet sind. (Gehefte Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.) Wir werden uns über die Steuern in der Kommission auch mit den Sozialdemokraten unterhalten, hoffentlich aber in ruhigerer und sachlicherer Weise. Denn von einer Fortjagung der Diskussion in dem Ton des Abg. Hock befürchte ich eine ernste Gefährdung der vaterländischen Interessen. (Leb! Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien, Unruhe b. d. Soz.) Sie irren sich, wenn Sie glauben, Sie haben das deutsche Volk hinter sich. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Fortjagung einer sachlichen Diskussion ohne Schwierigkeiten in der Öffentlichkeit ist gehalten worden. (Zuruf b. d. Soz.: Unter Polizeiaufsicht!) In keiner der 13 Versammlungen, die sich mit dieser Frage beschäftigt, ist einem Redner von der Polizei das Wort entzogen worden. (Zuruf b. d. Soz.: Das wäre noch besser!) Am berichtigten „Vorwärts“ von diesen Versammlungen: „In 13 fast durchwegs gut besuchten Versammlungen“ etc. und von der Versammlung im zweiten Kreise sagt er sogar, der Besuch habe nicht den Erwartungen entsprochen. Wenn der „Vorwärts“, der doch gewiß nicht an Lungenkrankheit leidet (Beifall!), einen solchen Ton anschlägt, dann kann man wohl wissen, daß diese Versammlungen keine Erfolg gehabt haben. Ziehen Sie daraus Ihre Lehren und machen Sie dem Volke die Vaterlandsliebe, die ihm in den Knochen steckt, nicht zu vergiften. (Zuruf b. d. Soz.: Das tun Sie mit Ihren Steuern!) Ich weiß, was ich zu verantworten habe. Das wird wohl auch jeder wissen, aber es gehe jeder mit sich zu Rate. (Beifall.)

Abg. Hock (Soz.):

Die Behauptung des Staatssekretärs, die Öffentlichkeit durfte sich über die Steuervorlagen aussprechen, ist irrig, eine ganze Reihe von Versammlungen ist einfach verboten worden. Ich selbst konnte nicht darüber sprechen, weil ich eine Wortrede nicht vorher einreichen wollte und auch anderen beschränkten Vorschriften nicht hätte folgen müssen. (Unruhe rechts.) Kann die Versammlungen nicht überfüllt waren, so dient zur Erklärung die große Not des arbeitenden Volkes und der Umstand, daß Hunderttausende und Millionen von Männern im Schutze araben sind und die Frauen von früh bis spät arbeiten und vor den Eltern warten müssen, um Nahrungsmittel zu erhalten. Hüßlich denn der Herr Staatssekretär mit den traurigen Verhältnissen der armen Familien nicht, die ihren Ernährer verloren haben? Während Kämpf mit den Rednern wegen Verteidigung des Staatssekretärs zur Ordnung. Der Staatssekretär hat es als persönliche Kränkung empfunden, daß ich sagte, die Steuern wären darauf berechnet, die Armen zu belasten und die Reichen nicht. Dieser Ausdruck entspricht meiner Ueberzeugung, persönlich verlegend wollte ich nicht werden. Aber der Staatssekretär muß sich doch über die Wirkung einer Vorlage klar sein. Trotz unserer dringenden Warnung ist der Staatssekretär mit dieser Vorlage gekommen. Da können wir doch nicht unsere Ueberzeugung verleugnen und zu Geuchlen werden. Nicht wir schädigen das Vaterland, sondern die Einbringung dieser Vorlage.

Präsident Dr. Kämpf: Sie dürfen dem Staatssekretär nicht vorwerfen, daß er das Vaterland schädigt.

Abg. Hock (Soz.): Ich habe mit keinem Worte von einer Absicht des Staatssekretärs gesprochen.

Präsident Kämpf: Ich stelle also ausdrücklich fest, daß Sie dem Staatssekretär nicht die Absicht haben untergeschrieben wollen, das Vaterland zu schädigen.

Abg. Hock (Soz.): Das weiß ohnedies jeder, der Deutsch versteht. (Präsident Kämpf ruft den Redner zur Ordnung.) Die Schädigung des Vaterlandes ist eingetreten durch die Vorlage, und es ist unsere Pflicht als Volkstretter, gegen diese Schädigung hier und überall Einspruch zu erheben. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Ich bin durch den Schluß der Debatte, der sich sicher in erster Linie gegen mich gerichtet hat, leider gehindert, anzuzupreden, daß ich selbstverständlich der Regierung des Verlaeserung ausließe. (Unruhe rechts.)

Präsident Kämpf: Ich stelle Sie bitten, sich lediglich im Rahmen der Geschäftsordnung zu halten. Sachliche Ausführungen kann ich nicht zulassen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.): Ich stelle fest, daß sogar das preußische Ab-cordneienhaus. (Gelächter und Unruhe.)

Präsident Kämpf: Wenn Sie sich an meine Anordnungen nicht halten, werde ich gezwungen sein, Ihnen das Wort zur Geschäftsordnung nicht weiter zu geben.

Abg. Dr. Liebknecht: Es ist mir gleichfalls unmaßlich gemacht, in die Dunsenkommission unserer deutschen Kriegspolitik. Präsident Kämpf: Ich kann Ihnen das Wort zur Geschäftsordnung nicht weiter geben.

Der Etat und die Kriegsgewinnsteuer werden an die Budgetkommission, die anderen Steuern an eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern verweisen. Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Freitag vormittags 11 Uhr (keine Anfragen, Etatnotgeheht). Schluß: 3¼ Uhr.

Literatur.

„Schäbliches Kriegsbrut.“ Kriegsgedichte von Carl Klingens. Breslau, Schönländers Buchdruckerei, Kunst- und Verlags-Anstalt von E. Schönländer, 1916. Preis 1 Mark.

Käbezahl im Lichte seines Namens. Ein Beitrag zur deutschen Vorkforschung und Sagenkunde von Adolf Roepert. Breslau, Schönländers Buchdruckerei, Kunst- und Verlags-Anstalt von E. Schönländer, 1916. Preis 1,50 Mark.

Wo alles versagt, hilft



„Girma“ 9088 L.

unschätzbliches, ärztlich empfohlenes und auch in alten Füllen glänzend bewährtes Mittel gegen

Rheumatismus, Gicht, Ischias,
Hexenschuss, Migräne, Podagra und Harnsteinalagen. — Statt vieler Worte sagen wir:

Bei Nichterfolg Geld zurück!

Daher kein Risiko. Preis M. 4.— die Flasche.

Zu beziehen durch alle Apotheken. — In Breslau stets vorräig: Hauptvertrieb: Girma von goldmann, Hirsch, 1, Ring 44 und Krummholzstraße, V. Neue Schwandauerstraße 3. — Versandt: Nie von uns Prospekt mit Dankschreiben und Garantienbuch. — Strecker Handlungsgesellschaft m. B. H., Steinhilber 63.

Erhebung über die Kartoffelvorräte.

Der Vorstand des Kreises Breslau macht im Kreisblatt bekannt: In etwa drei Wochen findet bei den Kartoffelbauern des Kreises eine neue Kartoffelvorraterhebung statt.

Schlesien und Posen.

Zum Grubenunglück auf der Preußen-Grube.

Es gilt jetzt als wahrscheinlich, daß die Ursache des jähren Unglücks auf der bei Miedowitz gelegenen Preußen-Grube, über das wir gestern unter "Neuesten Nachrichten" berichteten, auf eine Kohlenhaubeexplosion zurückzuführen ist.

Die Rettungsarbeiten gährenen sich, nach dem "Oberb. Wanderer", sehr lebhaft, da die Abdämmungsarbeiten durch das fortwährende Durchdringen der Gase sehr erschwert wurden.

Waldenburg, 24. März. 3000 Morgen Brachland, das zur Lebensmittelerzeugung benutzbar werden könnte.

Waldenburg, 24. März. 3000 Morgen Brachland, das zur Lebensmittelerzeugung benutzbar werden könnte. Können nicht die großen Kennanlagen zur Erzeugung von Lebensmitteln landwirtschaftlich besser ausgenutzt werden?

Reichenbach, 24. März. Ein verheerendes Kometenlicht überzog am 20. März nachmittags den Himmel.

Reichenbach, 24. März. Ein jugendlicher Strauchhüter in der Gegend von Waldenburg wurde von einem Kometenlicht getroffen.

Polen, 23. März. Goldregnen für die Aktionäre. Nach dem Abschluß der Goldregnen-Aktion-Gesellschaft...

Polen, 23. März. Goldregnen für die Aktionäre. Nach dem Abschluß der Goldregnen-Aktion-Gesellschaft...

Oppeln, 24. März. Mühlenbrand. Mittwoch nachmittag brach Großfeuer in der der "Rechten Oberufer-Mühle" Julius Rosenthal G. m. b. H. in Kreuzburg...

Briefkasten.

1008. Wer nicht die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt, kann nach § 21 St.-G.-B. nicht in das deutsche Meer oder in die kaiserliche Marine eintreten...

Landsturmann H. 4. Trift nur für die Stadt Breslau. In den Landfreien sind die Behörden noch nicht so weit...

Schlesisches Schokoladenhaus-Verkaufsstellen: Reichenbach i. Schl., Breslauerstr. 36, Jauer i. Schl., Liegnitzerstr. 7.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis.

Grid of advertisements for various businesses across different provinces including Bielefeld, Glogau, Jauer, Neumarkt, Ohlau, Peisterwitz, Strehlen, Trebnitz, Hundsfield, Klettendorf-Hartlieb, Cosol, Lokale a. d. Oder, Gr.-Tschansch, Kl.-Tschansch, and Woischwitz.